4. Ausgabe • Dezember 1989 • 2,- Mark

DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen

Göttingen

TOD EINER ANTIFASCHISTIN

REP

MACHTKAMPF UND LOBBYARBEIT

Neue Rechte

URSACHEN UND PERSPEKTIVEN

Revanchismus

WIEDERVEREINIGUNG ALS WAHLKAMPFTHEMA



Inhalt

Impressum

Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1

Postscheckkonto
Nr. 4455 86-301 • BLZ 250 100 30

Auflage: 2000
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
V.i.s.d.P. Klaus Harbart
Herausgeber: Dirk Addicks, Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhme, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

Editorial

Mit über einem Monat Verspätung legen wir die vierte Ausgabe des RECHTEN RANDES vor. Nicht rechtzeitig gelieferte Artikel, organisatorische Probleme und aktuelle Ereignisse haben zu diesem Verzug geführt, für den wir uns bei unseren LeserInnen entschuldigen. Hintergründe über den uns alle erschütternden Tod einer Antifaschistin bei einer Polizeiaktion in Göttingen werden von Moritz von Craun beleuchtet und kommentiert. Artikel über die Auseinandersetzung bei den niedersächsischen REP und deren Ableger, den sogenannten »Demokratischen« Republikanern, werden ergänzt durch eine erste Einschätzung des von Franz Schönhuber neu vorgelegten REP-Programmentwurfs. Daß programmatische Verschleierungen nicht über den Charakter einer Partei hinwegtäuschen dürfen, zeigen auch die Einflußversuche von REP-Mitgliedern aus dem Umfeld der Mun-Sekte. Mehrere Kurzbeiträge weisen auf eine neue Offensive von Geschichtsrevisionisten hin, die glauben, von den gegenwärtigen Umbrüchen in der Politik profitieren zu können. Nationalistische Töne und die Kohlschen Forderungen nach »Wiedervereinigung« werden von Werner Holtfort kommentiert. Zur Auseinandersetzung über strategische Fragen, wie der wiederbelebte Neofaschismus einzuschätzen und zu bekämpfen sei, haben wir ein Interview mit Prof. Dr. Siegfried Jäger dokumentiert. Als weiterer Beitrag zu diesem Thema soll die Darstellung einer Antipogromdemo in Göttingen verstanden werden. Nicht zuletzt möchten wir auf ein weiteres Zeitungsprojekt hinweisen: Das deutsch-türkische Unternehmen mit dem Titel »Unsere Stimme-Sesimiz« stellt sich vor. Das Projekt DER RECHTE RAND hat mittlerweile auch organisatorisch einen festeren Rahmen bekommen. Am 17. November 1989 wurde ein Trägerverein zur Unterstützung des Informationsdienstes gegründet. Der im Impressum genannte Herausgeberkreis fungiert als Vorstand des Vereins und wird in Zukunft in Zusammenarbeit mit der Redaktion die Schwerpunktthemen der Hefte festlegen. Die nächste Mitgliederversammlung ist für das Frühjahr des nächsten Jahres geplant. Der Jahresvereinsbeitrag beläuft sich auf 60 DM (erm. 30 DM). Nach dem Motto: »Wer gegen den rechten Rand ist, fördert den »RECHTEN RAND« benötigen wir zur Finanzierung unseres Informationsdienstes aber auch weitergehende Unterstützung in Form von Spenden und Förderabos (bitte das Beilageblatt nutzen). Denjenigen, die an einer möglichst weiten Verbreitung unseres Informationsdienstes mitwirken wollen, bieten wir in Zukunft den Verkauf des RECHTEN RANDES auf Kommissionsbasis an. Die Bedingungen können bei der Redaktion erfragt werden. Erneuern möchten wir unsere Bitte um Mitarbeit, Infos, Artikel und Leserbriefe. Längere Artikel sollten allerdings mit uns vorher abgesprochen werden, da sonst ein Abdruck nicht garantiert werden kann. Bisher war es unsere Praxis, nur namentlich gezeichnete Beiträge zu veröffentlichen. Erklärungen oder Artikel von einzelnen Organisationen wurden bisher nicht veröffentlich. Ob an diesem Verfahren festgehalten wird, wird der Herausgeberkreis auf seiner nächsten Sitzung diskutieren. Wir hoffen auf Euer Verständnis. Die nächste Ausgabe des RECHTEN RANDES erscheint Ende Januar 1990 mit dem Themenschwerpunkt »Neofaschismus/ Gewerkschaften«. Allen unseren LeserInnen wünschen wir ein glückliches neues Jahr und uns allen Erfolge beim Zurückdrängen unsozialer, antidemokratischer und ausländerfeindlicher Politikkonzepte.

4. Ausgabe • Dezember 1989 • 2,- Mark

DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen

Göttingen

TOD EINER ANTIFASCHISTIN

REP

MACHTKAMPF UND LOBBYARBEIT

Neue Rechte

URSACHEN UND PERSPEKTIVEN

Revanchismus

WIEDERVEREINIGUNG ALS WAHLKAMPFTHEMA



Inhalt

Impressum

Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1

Postscheckkonto
Nr. 4455 86-301 • BLZ 250 100 30

Auflage: 2000
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
V.i.s.d.P. Klaus Harbart
Herausgeber: Dirk Addicks, Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhme, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

Editorial

Mit über einem Monat Verspätung legen wir die vierte Ausgabe des RECHTEN RANDES vor. Nicht rechtzeitig gelieferte Artikel, organisatorische Probleme und aktuelle Ereignisse haben zu diesem Verzug geführt, für den wir uns bei unseren LeserInnen entschuldigen. Hintergründe über den uns alle erschütternden Tod einer Antifaschistin bei einer Polizeiaktion in Göttingen werden von Moritz von Craun beleuchtet und kommentiert. Artikel über die Auseinandersetzung bei den niedersächsischen REP und deren Ableger, den sogenannten »Demokratischen« Republikanern, werden ergänzt durch eine erste Einschätzung des von Franz Schönhuber neu vorgelegten REP-Programmentwurfs. Daß programmatische Verschleierungen nicht über den Charakter einer Partei hinwegtäuschen dürfen, zeigen auch die Einflußversuche von REP-Mitgliedern aus dem Umfeld der Mun-Sekte. Mehrere Kurzbeiträge weisen auf eine neue Offensive von Geschichtsrevisionisten hin, die glauben, von den gegenwärtigen Umbrüchen in der Politik profitieren zu können. Nationalistische Töne und die Kohlschen Forderungen nach »Wiedervereinigung« werden von Werner Holtfort kommentiert. Zur Auseinandersetzung über strategische Fragen, wie der wiederbelebte Neofaschismus einzuschätzen und zu bekämpfen sei, haben wir ein Interview mit Prof. Dr. Siegfried Jäger dokumentiert. Als weiterer Beitrag zu diesem Thema soll die Darstellung einer Antipogromdemo in Göttingen verstanden werden. Nicht zuletzt möchten wir auf ein weiteres Zeitungsprojekt hinweisen: Das deutsch-türkische Unternehmen mit dem Titel »Unsere Stimme-Sesimiz« stellt sich vor. Das Projekt DER RECHTE RAND hat mittlerweile auch organisatorisch einen festeren Rahmen bekommen. Am 17. November 1989 wurde ein Trägerverein zur Unterstützung des Informationsdienstes gegründet. Der im Impressum genannte Herausgeberkreis fungiert als Vorstand des Vereins und wird in Zukunft in Zusammenarbeit mit der Redaktion die Schwerpunktthemen der Hefte festlegen. Die nächste Mitgliederversammlung ist für das Frühjahr des nächsten Jahres geplant. Der Jahresvereinsbeitrag beläuft sich auf 60 DM (erm. 30 DM). Nach dem Motto: »Wer gegen den rechten Rand ist, fördert den »RECHTEN RAND« benötigen wir zur Finanzierung unseres Informationsdienstes aber auch weitergehende Unterstützung in Form von Spenden und Förderabos (bitte das Beilageblatt nutzen). Denjenigen, die an einer möglichst weiten Verbreitung unseres Informationsdienstes mitwirken wollen, bieten wir in Zukunft den Verkauf des RECHTEN RANDES auf Kommissionsbasis an. Die Bedingungen können bei der Redaktion erfragt werden. Erneuern möchten wir unsere Bitte um Mitarbeit, Infos, Artikel und Leserbriefe. Längere Artikel sollten allerdings mit uns vorher abgesprochen werden, da sonst ein Abdruck nicht garantiert werden kann. Bisher war es unsere Praxis, nur namentlich gezeichnete Beiträge zu veröffentlichen. Erklärungen oder Artikel von einzelnen Organisationen wurden bisher nicht veröffentlich. Ob an diesem Verfahren festgehalten wird, wird der Herausgeberkreis auf seiner nächsten Sitzung diskutieren. Wir hoffen auf Euer Verständnis. Die nächste Ausgabe des RECHTEN RANDES erscheint Ende Januar 1990 mit dem Themenschwerpunkt »Neofaschismus/ Gewerkschaften«. Allen unseren LeserInnen wünschen wir ein glückliches neues Jahr und uns allen Erfolge beim Zurückdrängen unsozialer, antidemokratischer und ausländerfeindlicher Politikkonzepte.

Moritz von Craun

Göttinger Antifaschistin starb bei Polizeieinsatz

Der Tod von Conny Wessmann

Die seit Wochen von neofaschistischen Skins in Göttingen provozierten Auseinandersetzungen haben in der Nacht zum 17.11.1989 einen brutalen Höhepunkt gefunden. Bei einem Polizeieinsatz gegen eine Gruppe von AntifaschistInnen wurde die flüchtende Conny Wessmann von einem Auto getötet. Daß Connys Tod kein tragischer Zufall sondern eine bittere Konsequenz des duldenden Umgangs mit Nazi-Skins wie der Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands ist, belegt der Ablauf der Ereignisse am 17.11.89 ebenso wie seine Vorgeschichte.

Am Abend des 17 November 1989 versammeln sich eine Reihe von Skins zum wochenendlichen "Warmsaufen" in ihrer Stammkneipe, der Göttinger *Burgschänke.* Von hier aus wurden Kneipenbesucher und Passanten angepöbelt und provoziert. Zwischen 6 oder 7 Skins sowie einer gleichen Zahl von AntifaschistInnen entwickelt sich eine handgreifliche Auseinandersetzung, bei der die "Glatzen" den Kürzeren ziehen.

Um 20.41 Uhr geht ein erster Notruf unter 110 bei der Polizei ein. Gegen 20.43 Uhr ein zweiter, wonach an der Ecke Burg-/ Theaterstraße je 20 maskierte Personen mit Knüppeln aufeinander losgehen würden. Der Anrufer wörtlich: "Die schießen hier" - so die Version der Polizei. Für diese wird die gemeldete Zahl von je 20 Beteiligten später eine erhebliche Bedeutung bekommen. An der Auseinandersetzung beteiligte AntifaschistInnen bestehen bis heute auf der Zahl von je 6 bis 7 an der Schlägerei beteiligten Personen.

Um 20.50 Uhr treffen Streifenwagen an der Stelle. ein, schließlich sind rund 10 Polizeifahrzeuge zusammengezogen. Die Polizei nimmt die Personalien von 17 Skins auf. Nachdem zwei von ihnen noch mithilfe von Polizeifahrzeugen aus "McDonalds" rausgeholt wurden, ziehen die Skins zum Weender Tor und steigen dort, an der Haltestelle an der Uni in einen Bus.

Am Ritterplan gelingt der Polizei noch eine Personalienfeststellung einer Person, die sie dem Antifa-Lager zurechnet. Die Gruppe der an der Auseinandersetzung mit den Skins Beteiligten hat sie zu diesem Zeitpuntk bereits aus den Augen verloren.

Gegen 20.45 Uhr war aufgrund der Schlägerei die Antifa-Telefonkette ausgelöst worden. Aus ihren Wohnungen machen sich eine Reihe von Menschen in die Innenstadt auf. Von einem Lokal in der Roten Straße aus ziehen 25 bis 30 Personen, unter ihnen die 24-jährige Cornelia Wessmann, in Richtung Burgstraße. Doch bereits auf dem Wilhelmsplatz erfahren sie, daß die Skins schon - wie üblich - unter Polizeischutz am Abziehen sind. Die Gruppe biegt nach links und wird, als sie in die Jüdenstraße einbiegt, von Polizisten entdeckt.

Über Polizeifunk kommt die Frage, ob nach dem Platzverweis gegen die Skins der Einsatz nunmehr abgebrochen werden soll. Die Einsatzleitung entscheidet jedoch, den Einsatz fortzusetzen: "Erst mal sehen, was die noch vorhaben" - gemeint ist die Gruppe alarmierter AntifaschistInnen in der Jüdenstraße.

Später versucht die Polizei eine Identität dieser Gruppe mit den an der Schlägerei beteiligten AntifaschistInnen zu konstruieren. Zwar betont Göttingens Polizeichef Lothar Will noch in der "7." - einem Anzeigenblatt - vom 19.November 89, daß gegen die Gruppe kein konkreter Taverdacht wegen der Schlägerei bestanden habe, dennoch wird dem Innenausschuß des Landtages am darauffolgenden Dienstag eine Karte präsentiert, auf dem die verschlungenenWege der Autonomen vom Ritterplan, des Platzes ihres Verschwindens, zur Jüdenstraße, dem Ort des Auftauchens der anderen Gruppe mit einer gestrichelte orangenen Linie eingezeichnet sind. Auf Fragen, welche Erkenntnisse die Polizei habe, daß die AntifaschistInnen diesen Wege gegangen seien, und wie sie die Identität beider Gruppen belegen wolle, erklärt der Inspekteur der Schutzpolizei Schulze: "Wir haben das so vermutet". Polizeichef Will gegenüber einem TV-Team auf entsprechende Nachfragen: "Die sahen aus

---

Kommentar:

"Plattmachen"

von Moritz von Craun

Was die Polizisten mit der Gruppe AntifaschistInnen vorhatten, enthüllt der Funkverkehr unmittelbar vor dem Einsatz. "...wenn wir genug Leute sind, sollten wir die plattmachen".

"Plattmachen" - daß ist keine Flapsigkeit, wie es Göttingens Polizeichef Lothar Will der Öffentlichkeit weismachen will. "Plattmachen", daß ist blutiger Ernst, und daß nicht erst seitdem 17.November 89.

Schon 1982 empfahlen hier Zivilpolizisten für den Umgang mit Linken über Funk: "Kleines Loch hacken, reinschmeißen" und ermunterten sich gegenseitig: "Hau ihm welche". Solche Herren sind heute noch beim ZSK im Dienst.

"Plattmachen" wollen auch die seit Wochen Göttingens Innenstadt heimsuchenden neofaschistischen Skins. Ihre Opfer: Libanesische Flüchtlinge, Kameruner, Frauen, Linke.

"Plattmachen" - hierin drückt sich ein verwandtes Feindbild aus. Was den ZSKlern ihre "Chaoten" sind, heißt bei den Skins "Zecken".

Conny Wessmann hat Antifaschismus nicht als abstraktes Bekenntnis aufgefaßt. Conny hat ihren Antifaschimus ganz alltäglich gelebt. Vor ihrem Leben und ihrem Tod verblassen alle Forderungen zu hohlen Halbheiten. Dennoch müssen wir daran festhalten:

Das ZSK muß ersatzlos aufgelöst werden, seine Beamten aus Göttingen versetzt werden. Ein Polizeichef, der den Tod Conny Wessmanns nicht von sich aus zum Anlaß für einen Rücktritt nimmt, sondern die Umstände als "Flapsigkeit" verharmlost, der muß gegangen werden.

Die 15 000, die auf der bundesweiten Demonstration am 25. November diese Forderungen erhoben, haben deutlich gemacht, daß sie sich nicht "plattmachen" lassen werden - von niemandem.



15.000 Menschen demonstrieren in der Göttinger Innenstadt

wie Autonome, sie trugen schwarze Jacken".
Die Kleidung der AntifaschistInnen und ihre vermutete Gesinnung muß im folgenden für eine großflächige Observation und schließlich eine regelrechte Jagd auf die in der Jüdenstraße befindliche Gruppe herhalten. Diese biegt an der Jacobikirche in die Fußgängerzone ein und sieht an deren Ende eine Kette von zehn bis 15 Uniformierten, die den Weg Richtung Weender Tor absperren. Schnelleren Schrittes eilt die Gruppe durch die Mühlenstraße über den Waageplatz in Richtung der ehemaligen Landeszentralbank. Ihr Weg wird von der Polizei verfolgt, die über Funk alle Bewegungen durchgibt.
An der vielbefahrenen Berliner Straße erfährt die Gruppe, daß sie von der Polizei gezielt verfolgt wird. Im Laufschritt geht es bei Rot über die vierspurige Straße. Bis heute ist unklar, warum die Polizei nicht bereits zu diesem Zeitpunkt ihre Verfolgung abgebrochen hat. Die Gruppe schlägt sich flüchtend über einen Fußweg zwischen Amtsgericht und Finanzamt bis zu einer kleinen Stichstraße am Hochhaus des Versicherungskonzerns IDUNA durch, welche zur Weender Landstraße führt. Von dort will sie sich über den gegenüberliegenden Uni-Parkplatz absetzen.

... in die Polizeifalle

Doch am Eingang der Stichstraße werden sie bereits erwartet. Neben zwei eintreffenden grün-weißen Funkstreifenwagen steht dort ein Wagen des *Zivilen Streifen Kommandos* (ZSK) der Göttinger Schutzpolizei. In demselben befindet sich, so die Landesregierung, Dienstabteilungsleiter des ZSK. Von diesem Wagen aus, wendet sich per Funk einer der Beamten an seinen Chef, den Dienstabteilungsführer des 1. Reviers, welcher mit seinem Funkstreifenwagen am anderen Ende der Stichstraße steht, mit den Worten:
"Ich würde sagen, wenn wir genügend Leute sind, sollten wir die plattmachen."
Dieser Wortlaut, den zuerst ein Funkamateur bekannt machte, wird später vom Inneministerium anhand der Protokolle des Funkverkehrs bestätigt und verurteilt werden. Die Entscheidung fällt zugunsten des "Plattmachens". Nach Angaben der Landesregierung sieht die Einsatzleitung die Chance zum Zugreifen, da es - mit einer Baustelle links und einem Hochhaus rechts - für die Gruppe keine Ausweichmöglichkeiten gibt.
Die Gruppe wird von hinten mit drei Fahrzeugen verfolgt. Auf der Weender Landstraße warten zwei Funkstreifenwagen, ein weiterer Polizeiwagen trifft ein. Mit dem Schlagstock in der Hand tritt der Dienstabteilungsführer des 1. Reviers auf die so umstellte Gruppe von vorne zu und spricht sie an. Nach Aussagen von Beteiligten treten weitere Beamte aus ihren Wagen und nähern sich - die Knüppel in der Hand - der Gruppe.

In dieser Situation ergreifen die ersten fünf bis sechs aus der Gruppe - darunter Conny Wessmann - die einzige Chance, der als absolut bedrohlich empfundenen Situation zu entkommen. Sie rennen aus der Stichstraße an den Streifenwagen vorbei über die vierspurige Weender Landstraße. Auf der - von der Polizei nicht gesperrten - Überholspur wird Conny von einem Renault erfaßt, durch die Luft geschleudert und bleibt tot auf der rechten Fahrspur liegen. Es ist 21.18 Uhr.
Als sich die über die Straße geflüchteten umwenden und auf die am Boden liegende Conny zugehen, ist dort schon ein Beamter mit einem Hund. Dieser hält sie unter Verwendung der "Chemischen

Keule" zurück.
Später wird dieser Tränengaseinsatz erst geleugnet: "Tränengas weder vor noch nach dem Unfall" verkündet Polizeichef Will im Göttinger Tageblatt vom 21.November 89. Doch noch am gleichen Tage fliegt diese "Verarschung der Öffentlichkeit" (so die Grünen) auf. Im Innenausschuß des Landtages muß der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium zugeben, daß die infragekommenden Beamten vier Tage nach dem Vorfall noch nicht einmal vernommen sind. Nach deren Vernehmung gibt auch die Polizei den Tränengaseinsatz am Unfallort zu - angeblich erfolgte er zum Schutze des Todesfahrers vor Connys aufgebrachten Begleitern.
Noch vier bis fünf Minuten nach dem Tod versuchen Beamte, so Augenzeugen, von den Mitgliedern der Gruppe Personalien festzustellen, bedrängen sie körperlich und versuchen so Leibesvisitationen. Schließlich unterlassen sie dieses Verhalten - wenige Minuten später trifft der Notwarztwagen ein.

Trauer und Wut

Die Nachricht von Connys Tod verbreitet sich schnell in der Stadt. Ohnmächtige Trauer macht sich breit. Aus dem *Juzi*, dem Jugenzentrum in der Innenstadt, macht sich eine erste Demo auf in Richtung der Weender Landstraße, darunter nicht nur Jugendliche sondern auch eine Reihe älterer Menschen. Am Ort des Todes von Conny beginnt eine Mahnwache, die erst 46 Stunden später beendet wird. Dort wird ein Birkenstamm gesetzt und ein Stein zu ihrem Gedenken eingelassen.
Am Samstagmittag findet eine weitere Demonstration mit rund 1500 Menschen statt. Hier bricht sich die angestaute Wut ihre Bahn - Scheiben klirren.
Eine Woche darauf hat sich die Menge verzehnfacht: Am 25. November ziehen 15000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet zur Todestelle, zum Polizeirevier am Steinsgraben und wieder zu einer Abschlußkundgebung in die Stadt. Charakterisieren Schweigen und Trauer den ersten Teil des beeindruckenden Zuges, so fliegen später auch Steine in Schaufenster. An der Wache am Steinsgraben hagelt es Farbeutel und Steine. Die Polizeiführung, die schon im Voraus Sachschaden in Höhe von 200 000 DM tolerieren wollte, zeigt nun Präsenz. Wasserwerfer werden vorgezogen, Polizisten trommeln auf Schilde, eine Straßensperre wird versucht. Dennoch wird der Zug noch nicht direkt angegangen, da die Durchmischung von Militanten und "Peacenics" ein Durchgreifen nicht opportun erscheinen läßt. Aufforderungen der Polizei an

Skin-Provokationen in Südniedersachsen seit Sommer 1989 - eine Auswahl



22.Juli Aus einem Kornfeld bei Wiershausen beschiessen 50 feiernde Faschisten, darunter ein gewisser **Stefan Koller,** einen Streifenwagen. Koller ist wieder auf freiem Fuß.
9.September Nachmittag bewerfen Skins im Cheltenhampark drei Leute mit Bierflaschen. Später greifen 10 vermummte Skins eine Frau mit Baseballschlägern an. Sie kann entkommen. Gegen 21.30 Uhr greifen 10 junge Skins eine Disco mit Tränengas an. Kurz darauf wird das Juzi mit Signalmunition beschossen. Drei Faschisten, darunter wohl auch ihr örtlicher Führer **Torsten Heise,** versuchten, einen Passanten zu verprügeln. Von der Polizei davon abgehalten, nehmen Faschisten später an einer 17-jährigen Frau mit Baseballschlägern "Rache": ein Arm- und ein Nasenbeinbruch sowie Rippenprellungen sind die Folge.
10.September Auf ein von Linken bewohntes Haus wird ein Brandanschlag verübt.
22.September 30 Faschisten treiben sich in der Innenstadt herum, sechs randalieren vor dem JUZI. Bei einer Polizeikontrolle wird bei ihnen eine gestohlene Handtasche gefunden.
23.September 60 Skins, darunter angereiste, halten Autos an. Auf das Junge Theater wird nach einem Hausverbot gegen einen Skin ein Brandanschlag verübt.
24.September Am Bahnhof wird ein Kameruner von Skins verprügelt.
11.Oktober Skins randalieren im Jugendzentrum Weende und werfen Scheiben ein.
27.Oktober Überfall auf die Tangente, drei Personen werden verletzt.
17.November Auseinandersetzung in der Burgstraße.
25.November Am Abend der Großdemonstration wird vor dem Amtsgericht ein Jugendlicher von einem Skin niedergestochen und schwer verletzt.

die "bürgerlichen Kräfte" die Demo zu verlassen, führen nicht zur gewünschten Entmischung.
Erst wird versucht,die Demo am Steinsgraben durch eine Straßensperre festzuhalten - vergeblich. Dann wird die Abschlußkundgebung auf dem 82er Platz so stark eingezingelt, daß sie vor das Juzi verlegt werden muß. In den Abschluß dieser Kundgebung stürmt dann die offensichtlich irregeleitete 72. Hundertschaft der Polizei aus Braunschweig. Ein heftiger Hagel von Steinen empfängt sie. Die Umstände, die zum Verheizen von 65 jungen Beamtinnen und Beamte führen, die danach teilweise weinend in Hauseingängen sitzen, und die alle Bemühungen der Demoleitung um Begrenzung der Auseinandersetzungen zunichte machen, sind nicht mit letzter Sicherheit geklärt. Doch ob Provokation oder Dilletantismus der Einsatzleitung - nach dieser Demonstration reden die Medien erstmal über eine Reihe verletzter Polizisten und weniger über den Tod von Conny Wessmann bei einem Polizeieinsatz die Woche zuvor.

Die Vorgeschichte

Die Ereignisse in Göttingen sind nicht die Folge von Bandenkriegen zwischen linken und rechten Jugendlichen. Sie sind nur verständlich vor dem Hintergrund der Entwicklung des militanten Neofaschismus wie einer bestimmten Polizeistrategie gegen die Linke in der Stadt.
Seit Wochen häufen sich in Göttingen Provokationen der Skins (siehe den Kasten 1, sowie "Wehrsportgruppen, Anschläge und ein Führer" in *Der Rechte Rand* Nr.3, in der auf Hintergründe und organisatorische Verflechtungen der südniedersächsischen Skinszene mit der FAP eingegangen wird). Hervorstechendes Merkmal dieser Provokationen ist es, daß die Skins wahllos Menschen angreifen, die nicht in ihr dumpfdeutsches Weltbild passen. Hiergegen haben sich AntifaschistInnen schließlich begonnen zu wehren - mit Aufklärungsaktionen, mit einem Schüler-Antifa-Cafe im *Juzi*, dem Göttinger Haßobjekt der CDU wie der Skins. Angesichts der sich insbesondere an Wochenenden massierenden Skin-Übergriffe wurde eine Telefonkette organisiert, um schnell Menschen gegen den Straßenterror von rechts mobilisieren zu können.
Die Polizei hat sich bei der Unterbindung der Provokationen der Skins nicht gerade als übereifrig erwiesen. Als am 27. Oktober in der Innenstadtdisco *Tangente* Skins Besucher bedrohten, ja einem eine Schußwaffe an den Kopf hielten, sollen sich erst ein dann zwei Fahrzeuge des Zivilstreifenkommandos (ZSK) der Göttinger Polizei vor der Disco aufgehalten haben, aber eine halbe Stunde lang nicht eingeschritten sein. Ein Funkamateur will aus einem dieser Wagen den Funkspruch aufgefangen haben: "Ein ausländischer Mitbürger betritt gerade die 'Tangente' - mal sehen wie der wieder herauskommt." Nachdem sie drinnen einen Ausländer und zwei weitere Personen verprügelt hatten konnten die Skins unbehelligt und gröhlend abziehen.
Kam es zwischen AntifaschistInnen und Skins einmal zu Auseinandersetzungen, so machten die AntifaschistInnen häufig die Erfahrung, daß die Polizei immer erst dann eingriff, wenn die Skins in die Minderheit gerieten. Die Polizei stellte sich dann dazwischen und geleitete die Skins in der Regel aus der Innenstadt. Wo es bei Linken Strafanzeigen wegen Körperverletzung oder Landfriedensbruch gehagelt hätte, da gab es für die Skins einen "Platzverweis".
Daß die Skins vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen von der Polizei subjektiv nichts befürchten, offenbart eine ihrer Graffitis, die sie in der Nacht nach Conny Wessmanns Tod sprühten: "Tote Conny, gute Conny - mehr Polizei".

Klares Feinbild

Insbesondere das ZSK zeichnet sich durch eine klare Feindbestimmung gegen links aus. Diese Anfang 1986 entstandene Einheit von mindestens 30 Beamten hatte in einem *Aufklärung- und Festnahmekommando* seinen Vorläufer, viele ihrer Beamten stammen daraus. Dieses AuFKdo kam 1982 ins Gerede, als nicht nur die von ihm über die gesamte Göttinger Linke angelegte SPUDOK-Datei aufflog, sondern auch enthüllt wurde, mit welcher Einsatzmentalität gegen die Linke vorgegangen wurde (siehe Funksprüche im Kasten. Das AufKdo war eine im geheimen operierende Polizeieinheit mit einem klar politisch definierten Auftrag: Observation und Bekämpfung der Linken in Göttingen.
Das ZSK, dessen offizieller Auftrag die Bekämpfung der Straßenkriminalität ist, erwies sich in den vergangenen Jahren immer wieder als die Fortsetzung dieses Auftrages mit anderen Mitteln. Und dennoch wäre es verkehrt, von der Mentalität der dort tätigen Beamten und ihrer Antipathie gegen Linke linear auf die dahinter stehende Polizeistrategie zu schließen. Diese dürfte sehr viel kühler und rationaler kalkuliert sein.
Am 1. Dezember 1986 war es in Göttingen nach Hausbesetzungen zu einem Polizeikessel um das *Juzi* gekommen, dasselbe gestürmt und eine Versammlung von 408 Personen gesprengt worden. Alle Anwesenden wurden für Stunden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Diese - mittlerweile selbst vom Oberverwaltunsgericht Lüneburg als durchgehend rechtswidrig verurteilte Operation - hatte das Ziel, "die Masse aus der Anonymität zu reissen", wie es der verantwortliche Polizeichef Lothar Will formulierte.
Vor diesem Hintergrund haben AntifaschistInnen in Göttingen für den auffallend zurückhaltenden Umgang der Polizei mit den Skins eine andere Erklärung. Sie vermuten, daß die von den Skins hervorgerufenen Gegenreaktionen von links der Polizei über diese willkommenes Material liefern. Die Skins wären demnach der Stein der ins Wasser fällt, und die Polizei schöpft die dabei notwendig aufsteigenden Schaumkronen des antifaschistischen Widerstandes ab.
Die These von der (objektiven) Instrumentalisierung der Neofaschisten durch die Polizei bedarf einer genaueren Untersuchung in der nächsten Zeit. FAP-Aussteiger haben jedenfalls schon vor Monaten angedeutet, daß die Polizei über ihre Aktionen immer bestens informiert war.

Göttinger Polizei über Linke - aus dem Funkverkehr des AufKdo 1982

a: *Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.*
b: *Jau!*
c: *Im Kerstlingröder Feld, da werden 'se rausgeschmissen.*
a: *Kleines Loch hacken, reinschmeißen*

a: *Da geht Axel W. vom Theaterkeller in Richtung Innenstadt*
b: *Jau... alleine?*
a: *Ja richtig*
b: *Ja, hau ihm welche!*

Klaus Harbart

Mun-Sekte und REP-Lobbyarbeiter

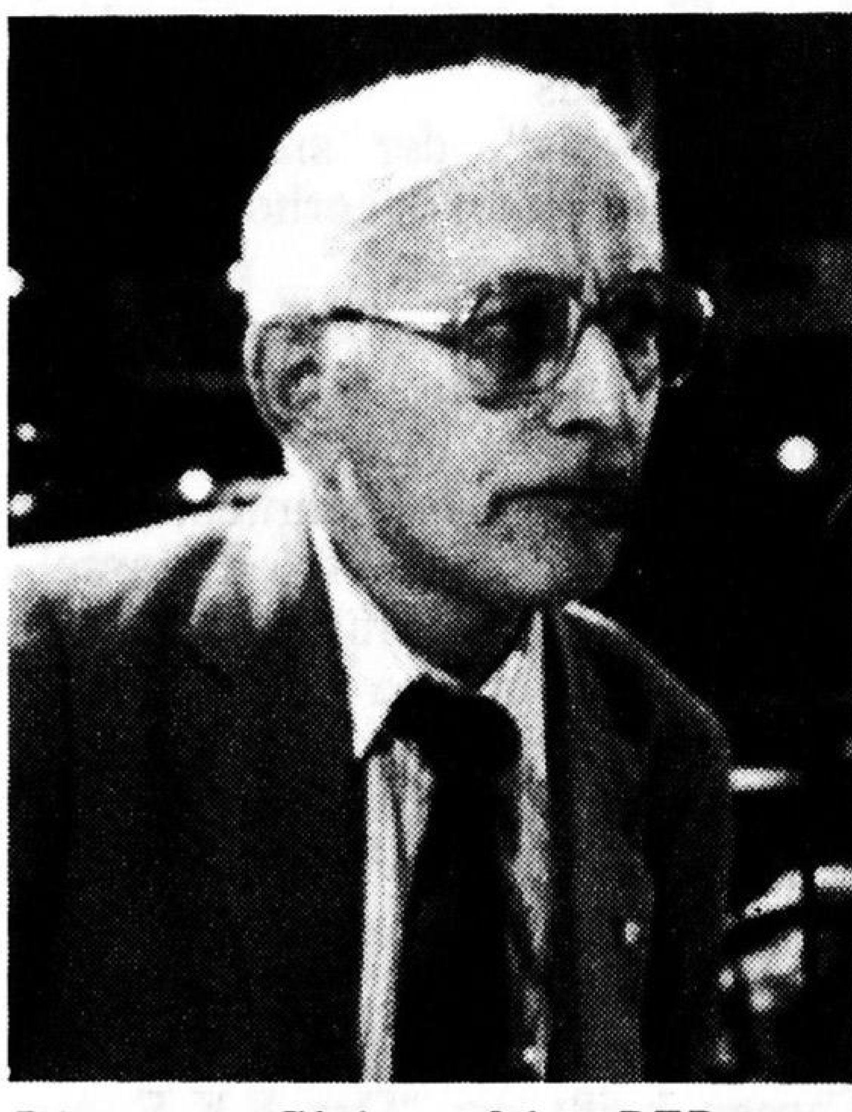
Mit der Vorlage eines neuen Programms versucht sich der Chef der REP, Franz Schönhuber, vom Vorwurf des Extremismus zu befreien. Das hindert ihn jedoch nicht daran, in seiner unmittelbaren Umgebung Menschen zu plazieren, die ihre politische Karriere in ultrarechten Organisationen begannen. Der ehemalige NPD- und DVU-Funktionär Harald Neubauer ist als treuer Diener seines Herrn weitgehend bekannt. Unlängst avancierte von der Öffentlichkeit unbemerkt Dr. Ursula Saniewski von der CAUSA, einem Ableger der Mun-Sekte, zur persönlichen Referentin (Zuständigkeitsbereich Europaangelegenheiten) des Parteivorsitzenden.

"Braintrust-Arbeit ist nach wie vor wichtig", erklärt Dr. **Ursula Saniewski,** "aber politische Praxis macht mehr Spaß". Ihren Lustgewinn bezog Frau Saniewski bisher als Stellvertretende Vorsitzende der "CAUSA Deutschland e.V.". Diese Braintrust-Organisation wurde 1980 von Sun Myung Mun als Ableger seiner "Vereinigungskirche" gegründet, einer Sekte, von der nach einem Beschluß des Oberlandesgerichts Frankfurt behauptet werden darf, daß sie Psychoterror ausübe, kriminell und faschistisch sei.

CAUSA, anfangs auf die USA und Lateinamerika beschränkt, dehnte seine Aktivitäten bald auch nach Europa aus, "um den Vormarsch des gott- und menschenfeindlichen Kommunismus aufzuhalten" -so der Vorsitzende der deutschen "Vereinigungskirche" **Karl Leonhardtsberger.**

Neben der Mobilisierung konservativer Politiker, durch sogenannte "Foren für geistige Führung" setzen die Mun-Anhänger auf Parteien der Neuen Rechten. So finden sie bei Schönhubers Koalitionspartner Le-Pen seit längerem offene Türen; mit dem Vorsitzenden der CAUSA Frankreich, Pierre Ceyrac, kandidierte sogar schon ein Abgeordneter für die Nationalversammlung. Über finanzielle Zuwendungen, so die französische Presse, sollten Sektenangehörige auf Listenplätze der französischen Front National (FN) zur Europawahl gehievt worden sein.

Auch in der Bundesrepublik wird die Einflußnahme nicht dem Zufall überlassen. So fand am 6.Februar 1989 in Hannover ein Arbeitstreffen statt, an dem neben der CAUSA-Funktionärin Saniewski (Frankfurt) ein **Roger Johns** ("Exekutivkommitee der Front National",Paris) teilnahm. Dritter im Bunde und Schriftführer: **Dieter von Glahn,** damals noch hannoversches CDU-Mitglied und Multifunktionär diverser rechtskonservativer Vereinigungen, heute wie Frau Saniewski REP-Funktionär.



Dieter von Glahn auf dem REP-Parteitag am 9. September 1989

Bei dem Treffen ging es um Strategien für Europa. Johns, laut Protokoll bei der Front National für "internationale Verbindungen" zuständig, berichtet aus Frankreich und fragt nach den Chancen der "Konservativen" bei zukünftigen Wahlen in der Bundesrepublik.

Die "antiamerikanische Einstellung" der REP und deren "Politik der Herauslösung aus dem westlichen Bündnis und einer Neutralisierung Deutschlands" wurden vom Gesprächskreis skeptisch beurteilt. Mit den REP gäbe es in dieser Frage "keinerlei Kompromisse", die Partei sei allenfalls "von diesem Kurs von innen heraus abzubringen", also zu unterwandern. "In jedem Fall wurde festgestellt", so die Formulierung des Protokolls, "daß in weitem Maß eine gleiche Beurteilung der politischen Fragen erzielt worden sei". Die Erfolgschancen einer inneren Umstrukturierung der REP durch Infiltration beurteilen die Teilnehmer des Treffens als gering. Doch das wird sich -auch angesichts der Wahlerfolge der REP- bald ändern.

Ein Vierteljahr später tritt Dieter von Glahn nach 35 Jahren aus der CDU aus und wird Mitglied der Schönhuber-Partei. Seiner Gesinnung bleibt der 66-jährige Psychologe treu: National"konservativ", antikommunistisch, für law and order und gegen sozialistische Experimente. Für diese Ziele hatte er bis dahin vorwiegend Lobbyarbeit im "vorpolitischen Raum" geleistet.

Auf seine Vergangenheit angesprochen bestätigt er, daß er als ehemaliger Abwehroffizier der Wehrmacht "aus dem Geschäft der verdeckten Arbeit" komme und viele Freunde habe, "die sich von Amts wegen damit beschäftigen". Auch nach 1945 hat sich von Glahn verdeckt betätigt. Als Landesvorsitzender des Bundes deutscher Jugend (BDJ) Oldenburg/Bremen soll er laut Justiz "schwarze Listen für den Tag X" angelegt zu haben. Wohl auch wegen der sehr engen Kontakte des BDJ mit dem amerikanischen Geheimdienst wurde ein Strafverfahren gegen ihn 1955 eingestellt. Die Kartei ("schwarze Liste") habe schließlich nur "staatsfeindliche Personen" erfaßt, eine Tötungsabsicht sei nicht nachweisbar und die Teilnahme an Waffen- bzw. Schießlehrgängen nicht strafbar gewesen, lautete die Begründung.

In der Folgezeit durchlief Dieter von Glahn zahlreiche rechte Organisationen: "Kampfbund gegen Unmenschlichkeit", "Kuratorium Unteilbares Deutschland", "Konservative Aktion", "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) usw. Als "Sektionsvorsitzender" der IGfM organisierte er im Januar 1988 zusammen mit der CDU in Hannover eine Afghanistan-Ausstellung und prangerte öffentlich das "grausame" Sowjetsystem an. Auf dem Büchertisch fanden Besucher damals eine Einladung zu einer CAUSA-Veranstaltung. Als Referent zum Thema "Gorbatschow-Perestroika-Glasnost?" wurde Dieter von Glahn angekündigt, der mit diesem Vortrag auch überregional für das "Forum für geistige Führung" in Erscheinung trat. Gleichzeitig organisierte er in den hannoverschen Leinegaststätten monatliche "Foren" bis zum Mai 1989.

In den REP sieht von Glahn die vielleicht "letzte Chance, bei uns ein national-konservatives Spektrum aufzubauen." Nach eigenen Angaben brachte er dort aus seinem reichhal-

tigen Fundus die Anschriften "von 104 087 treuen konservativen Wählern" ein. Der niedersächsische CDU-Landesvorsitz-ende Wilfried Hasselmann, für den von Glahn früher ostpolitische Redemanuskripte geschrieben haben will, habe von einer "Schwächung des rechten Flügels" gesprochen und vergeblich versucht ihn in einem dreistündigen Gespräch umzustimmen. Von Glahn unterhält jedoch nach wie vor Kontakte zu alten Parteifreunden, denen er mit seinem REP-Engagement auch weiterhin politisch unter die Arme greifen will. Durch politischen Druck will er den rechten Flügel der CDU stärken. Die Anzahl der REP-Mandate im Nds. Landtag sei dafür nebensächlich. Auch deswegen wird sich von Glahn nach eigenem Bekunden nicht um ein Landtagsmandat bemühen. Von Glahn sieht seinen "Kampfplatz"an der "Basis vor Ort."

In Hannover trat er im Frühjahr 1989 als Sprecher einer "Bürgeraktion saubere Passerelle" in Erscheinung und forderte eine Säuberung des Bahnhofbereichs von asozialen Elementen und die Einrichtung eines privaten Wachdienstes. Forderungen, die mittlerweile Wirklichkeit geworden sind. Die notwendige öffentliche Stimmung hat er dabei auch im Auge. Ein "Kreis von Leserbriefschreibern", der sich aus konservativen, rechtsstehenden Leuten aus verschiedenen politischen Parteien zusammensetzt, sorgt in der hannoverschen Presse für regelmäßige Kommentare aus Volkes Mund. Auch ein lokales "Forum für geistige Führung" als "lockeren Zusammenschluß" will er nach eigenem Bekunden wiederbeleben, um den Einfluß auf den "vorpolitischen Raum" weiter auszubauen. Ergänzt wird diese Arbeit durch v.Glahns Funktion als Pressesprecher des REP-Kreisverbandes Hannover. "Nachdem eine geringe Zahl von Postenjägern die Partei verlassen haben", erklärt er am 13. November auf einer Versammlung, "können wir endlich an die Arbeit gehen. Wir werden Flagge zeigen." Doch er selbst wirkt gerne hinter den Kulissen.

Über Kontakte zur CAUSA und damit zur Mun-Sekte äußert sich von Glahn nicht öffentlich. Das scheint für den REP-Funktionär, ebenso wie für die Schönhuber-Referentin Dr. Ursula Saniewski, kein Thema zu sein. "Allerdings werden wir denjenigen Gruppen massiv entgegentreten", so von Glahn vor hannoverschen Republikanern, "die uns böswilligerweise versuchen, in die rechtsradikale bzw. undemokratische Ecke zu stellen!"

Rolf B. Bode

Gleichgesinnte CDU-Freunde

Mit einer Doppelstrategie macht jetzt der rechte Flügel der niedersächsischen CDU mobil. Ziel ist, mit nationalistischen Tönen Wähler zurückzugewinnen, die an die rechtsextremen Republikaner verlorengingen. Sollte dies nicht gelingen, wird auf eine schwarz-braune Koalition orientiert.

Das ergibt sich aus Unterlagen über den "fortschrittlich-konservativen Freundeskreis Hannover-Braunschweig", der am 11. November im Hotel Jägerhof in Hannover-Langenhagen gegründet wurde. Hauptredner auf der Gründungsversammlung, an der rund 80 Personen aus ganz Süd-Ost-Niedersachsen teilnahmen, war CDU-Landeschef **Wilfried Hasselmann**, der schon früher laut über eine schwarz-braune Zusammenarbeit nachgedacht hat.

Der "Freundeskreis" soll Vorfeldarbeit für die CDU leisten. Wichtige Zielgruppe sind dabei offenbar vor allem Soldaten und Polizisten. In der Präambel für Programm-Thesen heißt es: "Der F.K.F. hat sich zum Ziel gesetzt, die konservativen Kräfte (Mitte bis rechts) in der CDU zu stärken, sich nationaler Themen anzunehmen, um Enttäuschung und Verbitterung zu begegnen und dadurch abgewanderte Protestwähler zur Rückkehr zu bewegen. Hierbei gilt den Belangen unserer Bundeswehr und Polizei unsere besondere Aufmerksamkeit. National-europäisches Gedankengut hat absolute Priorität."

In den Programm-Thesen ("Was wollen wir erreichen, wofür zu kämpfen sind wir bereit...") heißt es, die CDU müsse ihr "konservatives Profil" schärfen. Sie müsse "überzeugende Antworten" u.a. auf Fragen der "inneren Sicherheit", des "Mißbrauchs des Asylrechts", des "Schutzes unserer Kinder vor Gewalt", im "Kampf gegen die Rauschgiftmafia" und bei der "Rückgewinnung nationalen Selbstbewußtseins" geben.

Weiter heißt es, von der CDU abgewanderte Protestwähler dürften nicht "verteufelt" werden. Jeder CDU-Politiker müsse sich "kompromißlos hinter unsere Soldaten der Bundeswehr" stellen: "Schluß mit der Diffamierung unserer Soldaten, Wehrkraft dient dem Frieden."

Verfaßt hat diese Programm-Thesen der Oberstleutnant a.D. **Hans-Heinrich Ehlermann**, ein langjähriger Freund des CDU-Landeschefs Hasselmann, mit dem Ehlermann den "Freundeskreis" aufgebaut hat.

Öffentlich betont Ehlermann, es sei nicht Ziel des Freundeskreises, eine schwarz-braune Koalition vorzubereiten. In einem von ihm im August verbreiteten Rundbrief zur Vorbereitung der Gründung des Freundeskreises liest es sich jedoch anders. Darin bekennt Ehlermann, die "haarsträubend törichten Reaktionen auch aus Kreisen der CDU" auf den "Blitzstart" der REP hätten ihn bewogen, mit Hasselmann "unverzüglich das Gespräch zu suchen". Am 26. Juni habe dann in der Landtagsgaststätte in Hannover "auf Einladung von Herrn Hasselmann" ein erstes Gespräch "in einem kleinen Kreis gleichgesinnter Freunde" stattgefundenen. In der Folge herausgekommen ist ein Papier, das mit "Minimalforderung an die CDU" überschrieben ist. Darin heißt es u.a., "nur wenn die CDU aus eigener Kraft überzeugende Antworten auf Fragen wie Nationalbewußtsein oder Asylanten findet, kann sie den Trend stoppen", der in Richtung Republikaner gehe.

In diesem Zusammenhang sei es "eine parteipolitische Torheit", wenn etwa Heiner Geißler "die verbindliche Aussage macht, `nie mit den Republikanern'". Damit werde der CDU "Schaden" zugefügt. Denn "nur ein verantwortungsloser Narr könnte auf 'hoffähige' Republikaner als Koalitionspartner verzichten und unsere christlich liberale Regierung leichtfertig auf's Spiel setzen".

Es wäre "ein Idealfall", wenn REP-Chef Franz Schönhuber "die Republikaner für die CDU/CSU und FDP 1990 koalitionsfähig" machen würde, jedenfalls für den Fall, daß es der Union nicht gelänge, die an die REP verlorenen Wähler zurückzuholen.

An diese offenen Worte will Ehlermann heute nicht mehr gern erinnert werden. Aus wahltaktischen Gründen hat denn auch der "Freundeskreis" darauf geachtet, daß kein REP-Funktionär an der Gründungsversammlung teilnahm. So hatte zwar auch der einflußreiche

hannoversche REP-Funktionär Dieter von Glahn (siehe Geschichte in dieser Ausgabe) auch eine Einladung erhalten. Doch ihm wurde bedeutet, daß er unerwünscht sei, weil Hasselmann nicht mit REP-Mitbegründern belastet werden dürfe. Abgewiesen wurde auch der Laatzener Polizist Werner Rieb, der aus den REP ausgetreten ist und dessen türkische Frau die REP als faschistisch und rassistisch bezeichnet hat.

Es ist zu erwarten, daß der "Freundeskreis", der nach eigener Aussage auch in Unternehmer-Kreisen aktiv ist, mit Anzeigen in den Wahlkampf eingreifen wird. Vermutlich mit so rechtsgewirkten Parolen, wie sie die CDU sie sich noch nicht zutraut. Mag auch sein, daß der "Freundeskreis" die verbale Schmutzarbeit gegen Rot-Grün leisten soll. Wir werden sehen ...



Bemühten sich zumindest nach außen Einigkeit zu demonstrieren: Die Rivalen Schönhuber und Margraf bei einer Pressekonferenz in Hannover.

Horst Müller-Hildesheim

Rep-Landesvorsitzender erneut abgesetzt

Als "egonzentrischen Intriganten" und "Größten Feldherrn aller Zeiten tituliert der niedersächsische REP-Landesvorsitzende Norbert Margraf seinen Bundeschef Franz Schönhuber. Der sieht sich von Margraf "in geradezu unglaublicher Form in die Nähe Hitlers" gerückt. Gerade konnten die niedersächsischen REP mit dem übergelaufenen Wahlfälscher Kurt Vajen als erster REP-Landesverband einen richtigen Landtagsabgeordneten vorweisen, da begann Ende November das Hauen und Stechen zwischen dem Ex-NPDler Norbert Margraf und dem Rep-Bundeschef Franz Schönhuber von Neuem.

Margraf, dem Schönhuber die "intellektuelle Fähigkeit einen Wahlkampf zu führen" abspricht, wurde durch einen Beschluß des REP-Bundespräsidiums erneut seines Amtes enthoben, gegen ihn von München aus ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet. Gegen drei weitere REP-Altnazis aus Niedersachsen, die den Fehler gemacht hatten,ihre Gesinnung vor Fernsehkameras zum besten zu geben, leitete das REP-Präsidium ebenfalls Verfahren ein.

Doch Norbert Margraf sitzt inzwischen bei den niedersächsischen Rechtsradikalen fester im Sattel denn je. Für Landespräsidium und Landesvorstand ist der EX-NPDler weiterhin im Amt. Zu einer REP-Landeskonferenz am zweiten Dezemberwochende in Hannover erschien Parteichef Schönhuber erst gar nicht mehr. Bereits die erste "Amtsenthebung" des Landesvorstandes um Norbert Margraf war Ende August postwendend vom Landgericht München wieder aufgehoben worden. Das Bundespräsidium hatte damals nicht etwa gegen die einzelnen Mitglieder des Landesvorstandes Auschlußverfahren eingeleitet und sie gleichzeitig von ihren Parteiämtern entbunden, was nach der Satzung der Republikaner der einzige Weg zur "Amtsenthebung" gewesen wäre. In einem simplen Telegramm der Bundesgeschäftsführerin Johanna Grund hatte die Münchener Parteizentrale stattdessen ohne nähere Begründung die Absetzung der Mannschaft um Margraf verkündet. Vor Gericht scheiterte der Rücktrittsbefehl aus München dann auch noch daran, daß das Bundespräsidium bei seiner Entscheidung gegen Margraf gar nicht "in corpore zusammengetreten" war, wie es Schönhuber selbst später ausdrückte. Die Münchener Parteichefs hatten sich nicht auf einer ordnungsgemäßen Sitzung, sondern schlicht per Telefonrundruf auf die Absetzung des niedersächsischen Landesvorstandes geeinigt.

Der REP-Landesvorsitzende Norbert Margraf will sich auch gegen das jetzige zweite von Schönhuber initiierte Parteiordnungsverfahren gerichtlich wehren und er hat wohl auch diesmal gute Chancen. Zwar hat das Bundespräsidium diesmal

REP: Urteil ehemaliger Mitglieder

Der ehemalige Schatzmeister der REP Soltau-Fallingbostel erklärte seinen Austritt: "Herr Schönhuber machte mir, wie sicherlich auch vielen anderen Parteifreunden, klar, daß es sich hier um die 'Führerpartei Schönhuber' handelt. Da es meiner christlichen Grundeinstellung widerspricht einen Führer zu unterstützen, werde ich alle Tätigkeiten sofort einstellen. Ich bedaure alle Aktivitäten, die ich für die Partei erbracht habe..."

*"Das Gedankengut des Margraf-Flügels ist eindeutig als nazistisch-rassistisch durchwirkt zu bezeichnen. Dieses gewinnt insofern an Eigendynamik, als neue Mitglieder im Wahn ihrer NPD-Ideologien dahinschwelgen." (**Hacer Rieb** in ihrem Austrittsschreiben)*

*"Die Landesmitgliederversammlung in Dannenberg am 14. Oktober beseitigte meine letzten Illusionen, daß es uns gelingen möge, diesen Extremistenklüngel von der Führung zu verdrängen. Stattdessen wurde mir und anderen Dissidenten das Rederecht verweigert und freimütige Äußerungen sofort niedergebrüllt. Auch danach schwieg Schönhuber. Offensichtlich ist die Unterwanderung durch Extremisten und Radikalinskis auch schon in anderen Landesverbänden soweit fortgeschritten, daß der Bundesvorsitzende schon nicht mehr zu seinem Wort vom 9.9. stehen kann, ohne seinen eigenen Sturz zu riskieren." (Austrittsschreiben von **Manfred Rittmeier**)*

Der REP-Kreisverband Lüchow-Dannenberg verweigerte die Mitarbeit bei der Parteitagsvorbereitung mit der Begründung: "Wir müssen mit uns erst selbst ins Reine kommen, ob wir einer Partei angehören wollen, die sich in so einem desolaten Zustand offenbart und wo ein Mitglied des Landesvorstandes seine Parteifreunde durch heimliche Tonbandaufnahmen beschnüffelt. Das sind Methoden, die uns an dunkle Tage unserer Geschichte erinnern."

ein ordentlich Parteiauschlußverfahren gegen Margraf eingeleitet, ihn nur im Zuge dieses Verfahrens von seiner Funktion suspendiert und nicht einfach seinen Vorstand abgesetzt. Doch mit gerichtsfesten Ausschlußgründen hapert es: Margraf habe wiederholt Absprachen mit der Münchner Parteizentrale gebrochen und sich außerdem von drei "extremistischen und rassistischen" niedersächsischen Landesvorstandsmitgliedern nicht trennen wollen, lauten die Vorwürfe gegen den Ex-NPD-Mann.
Zu den "Extremisten", die Schönhuber nicht in seiner zu "intellektualisierten","modernen Rechtspartei" haben will, gehört der einstige und jetzt wiedergewählte hannoversche REP-Kreisvorsitzende **Lüdtke**, der in der Waffen-SS eine Vorläuferin der EG sieht und schon Anfang der 50er Jahre Mitglied in der vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Altnazi-Partei SRP war. Desweiteren wollte das Bundespräsidium den Beisitzer im niedersächsischen REP-Schiedsgericht, **Weidemann**, der einen Keller voller NS-Devotionalien besitzt, und den Beisitzer im Landesvorstand **Ellhof** ausgeschlossen wissen, der öffentlich von der "Auschwitz-Lüge" gesprochen hatte. Zwei der Ausschlußverfahren endeten inzwischen mit einem "Freispruch" durch das Landesschiedsgericht. Unmittelbarer Anlaß für das Parteiauschlußverfahren gegen Margraf war dann, daß der Landesvorstand sich weigerte, gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts im Fall Lüdkte Einspruch einzulegen. Vor Gericht dürfte es aber dem Rep-Bundespräsidium schwerfallen, diese Enstscheidung als einen den Auschluß rechtfertigenden Verstoß gegen die REP-Parteisatzung darzustellen.
Auch in der unbestreitbaren Tatsache, daß Margraf die mit der Münchner Parteizentrale ausgehandelten Absprachen nicht eingehalten hat, läßt sich schwerlich ein gerichtsverwertbarer Satzungsverstoß sehen. Betrafen doch die Absprachen vor allem die Zusammensetzung der künftigen REP-Landesliste, über die satzungsgemäß ein Landesparteitag zu entscheiden hat. Die Kompromißverhandlungen zwischen der Münchner Parteizentrale und dem Margraf-Vorstand begannen, nachdem der Ex-NPDler im September auf dem Landesparteiag in Hannover gegen den Widerstand eines erbittert schimpfenden Schönhuber wiedergewählt worden war. Nach seiner Niederlage auf dem Landesparteitag drohte Schönhuber zunächst, einem niedersächsischen Landesverband unter der Führung von Norbert Margraf jedwede personelle und materielle Unterstützung im kommenden Landtagswahlkampf zu verweigern. Sogar von einer Auflösung der gesamten Landespartei sprach der Parteichef. Wichtigstes Druckmittel der Parteizentrale in den Verhandlungen war jedoch der den Niedersachsen zustehende Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung aus der Europawahl in Höhe von 800 000 DM. Allein der niedersächsische Landesverband wartet noch auf eine Auszahlung der Wahlkampfgelder.

Kein Geld aus München?

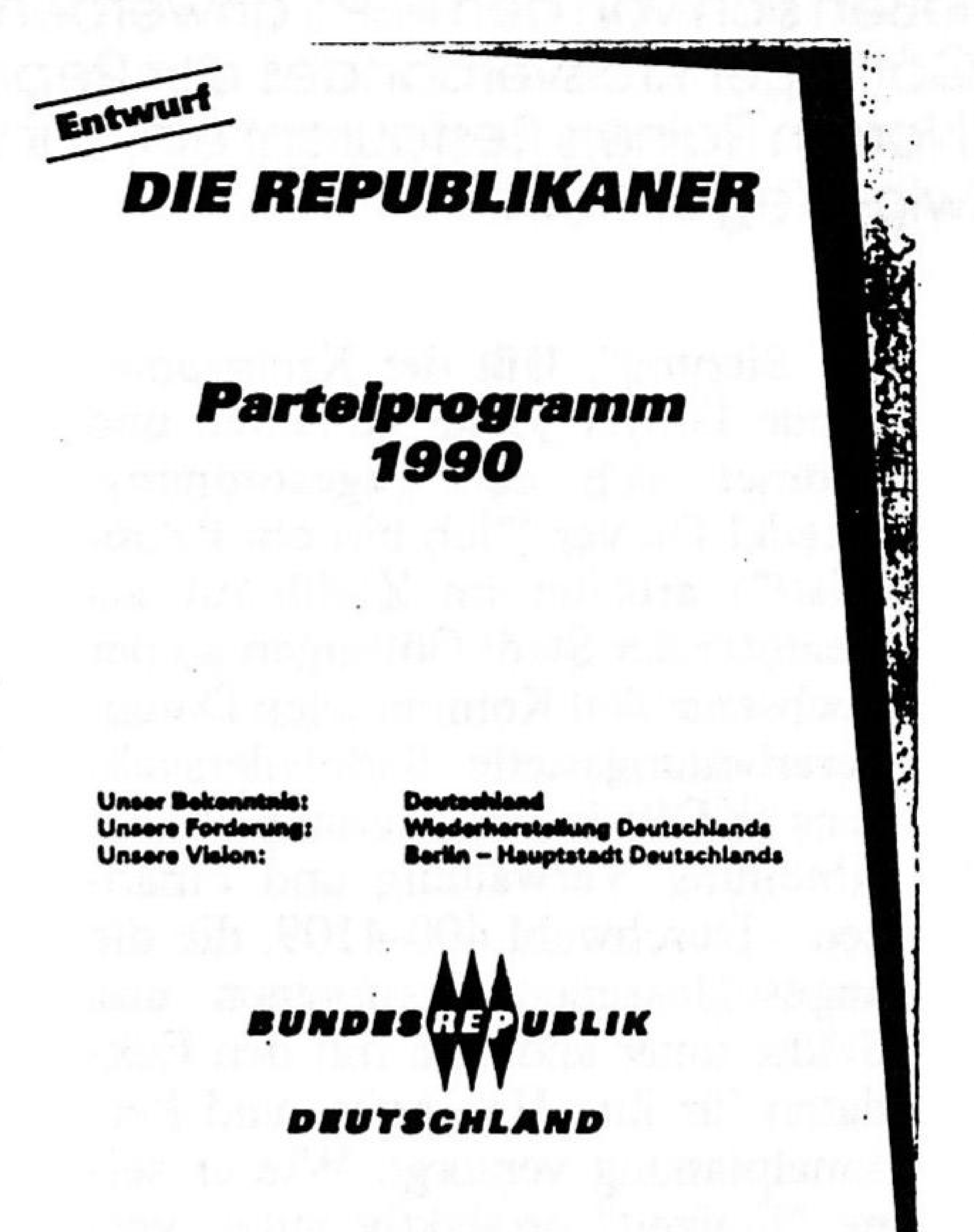
Die Auszahlung einer ersten Rate in Höhe von 100 000 DM sollte nach dem REP-Landesparteitag in Dannenberg erfolgen, vor dem Margraf und Schönhuber sich auf einer Bundesvorstandssitzung am 9. Oktober zunächst geeinigt hatten. Die künftige REP-Landesliste sollte nach dem "Reißverschlußprinzip" aus Margraf-Gegnern und Anhängern zusammengesetzt werden. Margraf selbst sollte erst an vierter Stelle der Landesliste placiert werden. Von seinen Anhängern sollte keiner auf der Landesliste aus der NPD kommen. Als Spitzenkandidaten schlug der Bundesvorstand gleich den Ex-CDUler und Schönhuber-Günstling **Heinz Dieter Fehlig** vor. Bereits auf dem Dannenberger REP-Parteitag saß der "künftige Spitenkandidat" Fehlig ziemlich isoliert herum. Es gelang ihm nicht, den ausgehandelten Kompromiß auch nur zur Abstimmung zu stellen. Der Parteitag sprach sich mit großer Mehrheit gegen jedwede Kungelei von oben aus und entschied, über die Zusammensetzung der Landesliste weder abzustimmen noch zu diskutieren. Deutlich sichtbar wurden die Mehrheitsverhältnisse im Landesverband dann bei der Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag: Alle Margraf-Opponnenten fielen durch. Weitere Parteiaustritte oder Übertritte zu den "Demokratischen" Republikanern waren die Folge des Dannenberger Parteitages. Inzwischen haben fast alle Margraf-Gegner den Landesverband verlassen. Für Norbert Margraf war bald danach auch die Zusammensetzung der zukünftigen Landesliste wieder "völlig offen". Mit der neuerlichen Amtsenthebung Margrafs hat Schönhuber wiederum verkündet, daß die Niedersachsen-Reps im Landtagswahlkampf mit keiner personellen oder materiellen Unterstützung München rechnen können.

Neues REP-Parteiprogramm

Eintrittskarte in Bündnisfähigkeit?

Wer liest schon Programme der Rechtsradikalen? Von dem Wählern und Sympathisanten kaum einer bis auf die intellektuell anspruchsvolle Gefolgschaft. Es bleiben die Linken, die sich von solchen Programmenaussagen negativ faszinieren und zu akribischen Exegesen verleiten lassen", stellt der Kölner Poltikwissenschaftler Claus Leggewie in seiner Analyse der "Republikaner als Phantombild der neuen Rechte" (Rotbuch Taschenbuch) fest.

Die Aufzählung läßt zwei Zielgruppen aus, die der neuen Rechtspartei bei ihren programmatischen Aussagen vielleicht ebenso am Herzen liegen wie das rechtsgeneigte intellektuelle Potential: Verfassungsrichter und Unionspolitiker. Das im "moderaten Ton" - so Rep-Chef Schönhuber - gehaltene »Parteiprogramm 1990« soll der wahlpolitisch erfolgreichsten Spielart rechtsradikaler Provenienz als Eintrittskarte in die Bündnisfähigkeit mit der Union dienen. (Am Rande bemerkt: Ungewollt verrät der umstritten neue Führer damit, daß er auch über Tonarten verfügt). Von verfassungsrechtlich anstößigen Aussagen wie »Menschenrechte nur für Deutsche« / Sicherung der Grundlagen persönlicher Freiheit nur für loyale Staatsbürger / Kontrollorgane für den Fall, daß die Medien nicht von alleine auf den Kurs sittlicher Erneuerung einschwenken, ist das 55seitige Papier gereinigt. Dafür folgt unmittelbar der Präambel unter Punkt 1 im neuen Programm ein »Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung«, in dem von der Volkssouveränität über die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung bis zum Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition die Essentials der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aufgeführt werden. Auch die »im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte« sind den Republikanern danach nicht mehr nur für Deutsche wichtig. Unter dem Punkt Ausländerrecht wollen die Republikaner sogar »Ja zum grundgesetzlich geschützten Asylrecht« sagen, und sich nur auf die Bekämpfung etwaigen Mißbrauchs konzentrieren. Vor diesem Hintergrund wird sich Bayerns Innenminister Edmund Stoiber (CSU) seine Hoffnung abschminken müssen, sich der rechten Konkurrenz durch den Stempel Verfassungswidrigkeit entledigen zu können. Die Republikaner haben ihre Schulaufgaben gemacht. Und es wird ihnen von dieser Seite des Spektrums nicht übel angerechnet werden, daß sie das grundgesetzlich geschützte Recht auf Widerstand gegen einen Unrechtsstaat nicht erwähnen wollen. Retu-



schen am eigenen Bild halten die Republikaner an auch weiteren Punkten für angebracht. War im »Programm der Republikaner« (1987) noch altbacken von »gleichwertiger Tüchtigkeit« von Frau und Mann im Leben und Beruf »trotz ihrer Wesenunterschiede« die Rede, so soll künftig dies Position der Republikaner sein: »Frau und Mann sind gleichberechtigt, das Recht auf Selbstverwirklichung stehen Frau und Mann gleichermaßen zu, das gilt insbesondere im beruflichen Leben.« Auch die »besondere Berufung der Frau«, durch »Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen«, erscheint den Republikanern nicht mehr zukunftstauglich. Nuanciert wird auch die Position zu den Gewerkschaften. »Gewerkschaft und Tarifhoheit sind unverzichtbarer Bestandteil unseres deutschen Staatswesens«, haben die Republikaner mittlerweise erkannt. Die Verpflichtung auf das Allgemeinwohl bleibt. Im Bemühen um »parteipolitische Neutralität« haben die Reps inzwischen resigniert. Ihre Hoffnung lautet jetzt »gewerkschaftliche Vielfalt«. Doch auch künftig sehen die Republikaner ihre Perspektiven nicht als Kuschelrechte. Das läßt sich neben den Aussagen zu Innen- und Wirtschaftspolitik vor allem an den gewachsenen Stellenwert der »deutschen Frage« im Programm-Entwurf festmachen. Mit ihrem Leitmotiv »Unser Programm heißt Deutschland« fügen sie sich zwar ohne große Disharmonien in die nationale Welle dieser Tage ein. Doch mit großer Selbstverständlichkeit fordern die Reps auch die ideologischen Konsequenzen ein: Schluß mit dem antifaschistischen Konsens der Nachkriegsgeschichte. In ihren Worten heißt das: »Deshalb lehnen wir das Verhalten der Altparteien ab, Politik hinzunehmen als Fortführung der feindlichen Kriegpropaganda mit den Mitteln der Umerziehung und Erziehung, Infiltration und Medien. Wir verweigern uns einer Politik der ununterbrochenen Schuldtilgung, zu der die Deutschen seit Jahrzehnten über die Generationen hinweg genötigt werden«. Die »Wiederherstellung Deutschlands« sei der Kardinalpunkt ihrer Politik. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, enhält das Programm eine Karte aus dem Jahre 1939. Es geht also um Gebietsforderungen an Polen, die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und die Benelux-Länder. Auch die Frage eines Anschlusses Österreichs wird aufgeworfen. Nicht ohne drohenden Unterton halten die Reps fest:»Solange Deutschland nicht wiederhergestellt ist, gibt es in Europa keinen wirklichen Frieden.« Der nationale Erfolg aber verspreche nahezu das Paradies: »Der künftige gesamtdeutsche Staat wird zur Stabilität des Friedens in Europa beitragen, die Lösung der europäischen Umweltprobleme ermöglichen und zu einem zweiten wirtschaftlichen Aufschwung mit einer anhaltenden Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen«, heißt es in bemerkenswerter Schlichtheit. Ziel ist ein »wiedervereinigtes Deutschland als blockfreies und bewaffnetes Land«. Doch auf dem Weg dahin (bis zum Friedensvertrag), könne die Bundesrepublik der Nato als »verläßlicher Bündnispartner mit allen Rechten und Pflichten angehören«, heißt es im Entwurf. Am 13. und 14. Januar steht er auf einem Parteitag in Rosenheim zur Diskussion und Abstimmung.

"Die Ausländer spucken mir auf die Hose und überall ihre kackenden Kinder!"

Rechte Aufbruchstimmung bei den Göttinger Republikanern

Republikaner in Göttingen - gibt's die? Man hört nichts, man sieht nichts. Die Landtagswahlen stehen vor der Tür, am 13. Mai 1990 ist es soweit. Die Republikaner - eine konspirative Vereinigung? Die Redakteure der Göttinger Zeitung "Hier und Jetzt", Isa Baumgarten und H.P. Meyer, wollten es genau wissen und ließen sich von den REP's anwerben. Am 7. November lud sie Friedel Dreyer, Vorsitzender des Göttinger Kreisverbandes der Republikaner, zu einer Mitgliederversammlung nach Weende Nord in Rainers Restaurant ein, nur wenige Meter von der Göttinger REP-Zentrale im Wilhelm-Ewig-Weg entfernt.

Mit flauem Gefühl im Magen begeben wir uns ins Maul des republikanischen Löwen. Pünktlich um 19.30 Uhr stehen wir im Lokal, schauen uns unsicher um. "Sie wollen zu der Versammlung?" Der Wirt weist uns den Weg ins schmucklose Hinterzimmer. Neun Männer haben außer uns den Weg in Reimers Restaurant in Weende Nord gefunden: Unter ihnen der Kreisvorsitzende **Friedel Dreyer** ("Ich arbeite am liebsten mit ehemaligen NPD-Mitglieder zusammen, weil die noch wissen, was Disziplin bedeutet!"), der ex-NPD-Mann und Jurastudent **Jockel Wallat**, der mit Gesinnungsgenossen an der Göttinger Uni die Gründung eines 'Republikanischen Hochschulverbandes' (RHV) betreibt und der Studiendirektor **Georg Grunewald,** der Geschichte und Gemeinschaftskunde am Göttinger Otto-Hahn-Gymnasium unterrichtet und gerade vom Landesvorstand mit der Leitung der Programmkommission betraut wurde, die das Wahlprogramm für die Niedersachsenwahl ausarbeiten soll. Prominentester Republikaner am Tisch ist der gutbetuchte Göttinger Finanz- und Versicherungsmakler **Werner Haase**, der als einer der kommenden Männer bei den niedersächsischen Republikanern gilt. Der 43jährige Volljurist, der die Landes-REP's auch finanziell kräftig unterstützt haben soll und noch auf dem letzten Landesparteitag bei den Vorstandswahlen mit 57 Stimmen abgeblitzt war, soll wieder als Gegenkandidat zum Landesvorsitzenden Margraf aufgebaut werden und wird mittlerweile gar als potentieller Bundestagskandidat gehandelt.

»Ich bin Extremist«

Freundlich, mit laschem und feuchtem Händedruck, werden wir von den Anwesenden als potentielle Neuzugänge begrüßt. "Ich eröffne die Sitzung", läßt der Kreisvorsitzende Dreyer jovial verlauten und widmet sich der Tagesordnung. Friedel Dreyer ("Ich bin ein Extremist!") arbeitet im Zivilberuf als Beamter der Stadt Göttingen an der hochsensiblen Kommunalen Datenverarbeitungsstelle Südniedersachsens (KDS) in der Pauliner Straße, Abteilung Verwaltung und Finanzen - Durchwahl 400-4109, die die angeschlossenen Kommunen und Städte unter anderem mit den Eckdaten für ihre Haushalts- und Personalplanung versorgt. Wie er seine "Freizeit" produktiv nutzt, vermeldet er unter Tagesordnungspunkt zwei: Gründung neuer Ortsvereine. Duderstadt, Hann. Münden und Bovenden - etwa je zwei bis drei aktive Reps und diverse Sympathisanten hat er dort in der letzten Zeit auf Trab gebracht. Friedland, Adelebsen, Stauffenberg sollen als nächstes beackert werden. "Eigentlich wollten die Freunde aus Hann Münden heute abend kommen. Ich frage mich, wo die geblieben sind?" Sein Salär als Staatsdiener hat wohl auch den mit der NPD sympathisierenden Göttinger REP-Chef ("Zum Glück sind die ganzen ehemaligen CDU-Anhänger bei uns ausgetreten. Mit denen konnte man ja sowieso nicht arbeiten!") mit einem ausreichenden Finanzpolster ausgestattet. Denn noch streckt er die anfallenden Kosten aus eigener Tasche vor, wie er bekennt. Von der Hannoveraner Parteizentrale sind 1.000 DM avisiert. Aber die kommen erst, wenn dort die versprochenen 800.000 DM aus München eingetroffen sind. Letzter Stand: Als Abschlag sollen dem Landesverband erstmal 100.000 DM aus Bayern überwiesen werden. Womit wir schon beim dritten Punkt sind: "Informationsarbeit. Wie sollen wir in Zukunft die interessierten Bürger angemessen über unsere Parteiarbeit informieren?" Auf diese Frage soll neben einer geplanten Anzeigenkampagne in der Vorweihnachtszeit ab sofort die Technik die Antwort geben.

»REP ins Telefonbuch«

Ein Anrufbeantworter, Anschlußnummer unter "Die Republikaner" im Telefonbuch, Standort Wilhelm-Ewig-Weg, soll der allgegenwärtige Ansprechpartner für die potentiellen Göttinger Wähler sein. Bis zum Eintreffen der Finanzspritze aus Hannover wollen Dreyer und Haase das Geld für die Anschaffung vorstrecken. "Doch treibt mir kein Schindluder mit den aufgenommenen Daten der interessierten Bürger", meldet sich Dreyer besorgt zu Wort. Ob da einschlägige Erfahrungen zum Thema "Datenmißbrauch" an seinem Arbeitsplatz in der Pauliner Straße eine Rolle spielten, läßt er nicht durcbblicken.

"Vierter Punkt. Führungsprobleme." Natürlich sind die Republikaner keine Führerpartei. Als Beweis müssen die Reibereien nicht nur der Göttinger Parteikameraden mit Chef Schönhuber aus dem fernen Bayern herhalten, der immer das letzte Wort haben muß. Dreyer: "Anscheinend denkt der Bayernfranz, daß die Preißen nur platt und blöd sind." Dabei bringen die deutschlandsverbundenen Niedersachsen trotz regionaler Informationsschwierigkeiten schon einige Wähler auf ihre Konten. "In Göttingen hatten wir zur Europawahl drei Hochburgen, Grone-Süd, den Leineberg und den Holtenser Berg, wo wir über 15 % der Stimmen bekamen." Trotzdem läuft die regionale Zusammenarbeit nicht wie sie sein sollte, denn "da gibt es doch wahrhaftig Leute, die sich auf eigene Faust zu dem Schönhuber durchboxen, um einen Platz auf der Landesliste zu ergattern."

"Darf ich einmal das Wort ergreifen?", tönt die Baßstimme des Studiendirektors **Georg Grunewald**, der die Verhältnisse am Holtenser

Berg von seinem Wohnsitz in Holtensen aus bestens studieren kann. "Ich möchte noch einmal näher auf die Wahlergebnisse in Göttingen eingehen. Meine Voraussagen haben sich also bestätigt. Unsere Hochburgen sind da, wo viele Aussiedler wohnen. Am Holtenser Berg z.B. sind nur 50 % deutschsprachige Deutsche, der Rest spricht russisch oder polnisch. Das sind alles unsere potentiellen Wähler!" "Ja, immer diese Ausländer!" meldet sich der Schatzmeister aus der anderen Ecke der Runde, der das Parteiprogramm offensichtlich noch nicht internalisiert hat und bei der Unterscheidung zwischen Aussiedlern, Übersiedlern und Asylanten immer noch so seine Schwierigkeiten hat.

»Verdeutschen«

Das politische Niveau der Versammlung nähert sich immer mehr dem einer Stammtischrunde. Werner Haase nutzt die Gelegenheit, seine Ansichten über Partei und Führungsstil ("Wir müssen endlich in die Pantinen kommen!"), sowie seine verquasten politischen Analysen ("Wir müssen das den Leuten verdeutschen!") wortreich zu verkünden. Und der Jurastudent Jockel Wallat, der in Kürze Göttingen verlassen wird, um in Celle im Referendariat seine berufliche Karriere vorzubereiten, gibt nicht nur juristische Ratschläge, sondern schlägt auch den Bogen zur großdeutschen Vorgängerpartei. Im Hinblick auf zu erwartende Wahlerfolge im kommenden Mai empfiehlt er die Mitgliederwerbung zu intensivieren: "...damit dann nicht allzuviel 'Märzgefallene' die Reihen füllen!" "Märzgefallene?" fragt Friedel Dreyer verständnislos nach. "So nannte man die, die nach den Wahlerfolgen der NSDAP 1933 noch schnell in die Partei eintraten!" lacht er und schiebt gleich noch einen Herrenwitz nach: "Kennt ihr den Unterschied zwischen einer Frau und einem Hühnchen?" Dreyer schmunzelt: "Es gibt keinen." Wallat: "Doch. Die Frau hat eine Gehirnwindung mehr, damit sie nicht auf den Hof scheißt."

Friedel Dreyer bringt die lachende Versammlung auf den Boden konkreter Parteiarbeit zurück. "Fünfter Punkt oder war es der sechste? Das Asylantenproblem." Um falschen Ansichten vorzubeugen, betont man einmal mehr, daß die REP's keineswegs ausländerfeindlich sind. "Irgendjemand muß aber das Problem in die Hand nehmen, wenn es die Altparteien nicht machen. Das Asylgesetz kann die Versickerung von 96 % Wirtschaftsasylanten nicht bewältigen. Zur besseren Kontrolle der Antragsteller um Asyl muß eine zentrales Lager eingerichtet werden. Das wäre zunächst der erste Schritt." "Ich habe persönlich ja nichts gegen die Asylanten, zudem man sich an sie gewöhnt, je länger sie hierbleiben. Und manche sind ja auch ganz nette Menschen!" schwadroniert Haase. "Aber ein Deutschland, das auf einer europäisch christlichen Tradition basiert, hat Schwierigkeiten sich mit 'exotischen' Kulturen auseinanderzusetzen", wirft Georg Grunewald ein. "Außerdem ist bisher in jedem europäischen Staat die multikulturelle Gesellschaft gescheitert", ergänzt Jockel Wallat. Der Pragmatiker Friedel Dreyer spricht von seinen alltäglichen Lebenserfahrungen: "Wie gesagt, ich bin nicht ausländerfeindlich. Es ist auch eine banale Geschichte, die ich erzählen möchte. Vielleicht zu banal für unsere Runde. Also, wenn morgens mein Auto nicht anspringt, und ich gezwungen bin, den Bus zu nehmen, möcht' ich doch sauber in meiner Arbeit ankommen. Im Bus bin ich immer umringt von 90 % Ausländern, die mir auf meine Hose spucken. Und überall diese schreienden, kackenden Kinder und die Frauen mit ihren Kopftüchern. Ich habe mir übrigens auch schon ein Kopftuch gekauft..." Der Lacher ist ihm sicher.

Nun steht politische Schulung und Meinungsbildung auf der Tagesordnung. Für einen längeren historischen Vortrag über die deutschen Ostgebiete und deutsche Völkerwanderungen hat sich der Studiendirektor Georg Grunewald vorbereitet. Der Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer am Otto-Hahn-Gymnasium an der Godehardstraße scheint für diesen zeitfüllenden Vortrag geradezu prädestiniert zu sein. Zum besseren Verständnis macht eine Broschüre mit einer Karte "ehemaliger Ostprovinzen" die Runde, die sich nebenher als Werbeprospekt für entsprechende Literatur entpuppt. "Damals wurden in Polen und Rußland deutsche Aussiedler mit offenen Armen empfangen, denn ihr Fleiß und ihre gründliche Arbeit war bekannt. Wenn man heute in die russischen Gebiete fährt, in denen Deutsche nach der Stalinzeit zwangsweise angesiedelt wurden, fällt auf, daß die von Deutschen geführten sauberen Höfe florieren, wobei die Nachbarhöfe verkommen sind. Unterhält man sich mit den Deutschstämmigen, so entdeckt man bei ihnen ein größeres Nationalbewußtsein als bei manchen Westdeutschen."

Und ein Thema darf heute abend natürlich nicht ausbleiben: Die Wiedervereinigung. Grunewalds Oberlehrer-Stimme donnert: "Wir stehen am Sockel einer großen Sternstunde. Der große Umbruch, der sich in Mitteldeutschland andeutet, muß von den Republikanern ausgenutzt werden." Der Schatzmeister informiert die Parteikameraden, daß der Landesvorstand ein großes Plebiszit in Ost und West initiieren will, in dem über die Zukunft eines gesamtdeutschen Staates entschieden werden soll. Auch Haase ist schon in die Pantinen gekommen und hat Kontakte zur Privatwirtschaft geknüpft. "Ich habe mit Vertretern von Siemens gesprochen, die an Investitionen in Mitteldeutschland interessiert wären. Diesen Kontakt zur Wirtschaft könnte man auf weitere große Firmen ausweiten. Eine Wiedervereinigung ist nur dann möglich, wenn sich die beiden deutschen Staatsgebiete sowohl auf wirtschaftlichem wie auf gesellschaftlichem Gebiet angleichen. Eine multikulturelle Gesellschaft, wie sie zur Zeit in Westdeutschland existiert, entfernt sich aber immer mehr vom deutschen Volksgut." Die vielen Wirtschaftsasylanten müssen in ihre Länder zurückgeschickt werden, um auf großdeutschem Boden Raum für das deutsche Volk zu schaffen.

Tote eingeplant

Und noch einen nachgelegt: "Diese Umwälzungen in Mitteldeutschland, in der Sowjetunion - das wird Abertausende von Toten fordern. Das muß so sein, das lehrt die Geschichte!" prophezeit Haase. Friedel Dreyer kommt ins Schwärmen: "Wenn ich einmal phantasieren darf - warum sollten wir nicht in die DDR..." "Mitteldeutschland!" insistiert Geschichtslehrer Grunewald pedantisch. "...nach Mitteldeutschland fahren, um dort die Republikaner zu gründen?" Doch Grunewald kann seinen Gesinnungsgenossen beruhigen: "In Leipzig tut sich da schon was." Und Jockel Wallat hat auch gleich wieder einen Witz zur großdeutschen Aufbruchsstimmung parat: "Was ist der Unterschied zwischen einer totgefahrenen Ratte und einem totgefahrenen Vopo?" Schweigen. "Vor dem Vopo sind keine Bremsspuren..."

Uns reicht's. Bevor der Abend endgültig zum gemütlichen Kameradschaftsabend verkommt, wollen wir uns verabschieden. "Und wie hat's Ihnen gefallen?" fragt uns Friedel Dreyer. "Es war hochinteressant!", versichern wir der erwartungsvollen Runde. "Wir werden bestimmt wieder voneinander hören."

Aus: »Hier und Jetzt«, 12/89



Gründeten nach dem Eklat mit REP-Landeschef Margraf die »Demokratischen Republikaner« (von links): Andreas Dimpfel, Hans-Peter Vogel, Eberhard Klaus, Hans-Joachim Baumbach, Wolfgang Schatte und Stefan Didi.

Knut Schreiber

REP-Wölfe im demokratischen Schafpelz

Sie bezeichnen sich auf dem Deckblatt ihres vorläufigen Parteiprogramms als die "demokratische Partei der deutschen Patrioten", fühlen sich "nationaler und freiheitlicher Politik" verpflichtet, und das "in sozialer und ökologischer Verantwortung". Hauptmotiv für die Existenz der "Demokratischen Republikaner Deutschlands" (D-REP) ist allerdings schlicht das Zerwürfnis mit den niedersächsischen Schönhuber-Republikanern.

Die REP-Truppe um den Ex-NPD-Mann Norbert Margraf aus dem Landtag fernzuhalten, ist das parteipolitische Ziel Nr. 1 der D-REP.
Ihre Führungsspitze gehörte zu den Drahtziehern auf der Seite der Margraf-Gegner während des monatelangen internen Machtkampfes bei den Niedersachsen-REP. Nachdem der Sturz Margrafs auf dem Landesparteitag Anfang September mißlungen war, wurde die Abspaltung zunächst verdeckt, zuletzt ganz offen, planmäßig und mediengerecht vorbereitet. Während am 14. Oktober 1989 im Dannenberger Schützenhaus der REP-Landesparteitag erneut im Chaos zu versinken drohte, offenbarten sich die Dissidenten im "Hotel zur Post" nur wenige hundert Meter entfernt als die "wahren Patrioten", als republikanische Saubermänner, die sich vom "braunen Margraf-Sumpf" losgesagt hätten.
17 Abtrünnige gründeten die "Demokratischen Republikaner Deutschlands". Zum Bundesvorsitzenden avancierte der 57 Jahre alte Diplomingenieur **Eberhard Klas** aus Laatzen bei Hannover. Bundesparteisekretär darf sich der 27 Jahre alte Germanistikstudent **Andreas Dimpfel** aus Hannover nennen. Landesvorsitzender für Niedersachsen wurde **Stefan Didi.** Im Fitness-Studio des damaligen hannovrschen REP-Mitgliedes, **Wolfgang Schatte**, hatten die Margraf-Gegner im Mai 1989 vor den Europawahlen auf einem "Geheimtreffen" erstmals die Muskeln spielen lassen. Klas, Dimpfel und Schatte arbeiteten wesentlich an einer Dokumentation gegen Margraf und seine NPD-Clique mit. Dimpfel fiel die Rolle des scharfzüngigen Margraf-Kritikers in der Öffentlichkeit zu. Der hagere Ehrgeizling wähnte sich lange in der persönlichen Gunst von REP-Chef **Franz Schönhuber**, hatte er ihn doch während des Europawahlkampfes mehrere Tage lang begleiten dürfen. Der umtriebige Klas blieb unterdessen im Hintergrund, zog dort die Fäden, während andere wie **Prof. Tschammer-Osten** oder **Heinz-Dieter Fehlig** offiziell zu Führern der Anti-Margraf-Gruppe gekürt wurden.
Anders als Fehlig und Tschammer-Osten zeigten sich Klas und Co. nicht zu Kompromissen mit Margraf bereit, als dieser ganz offensichtlich auf eine unerwartete Mehrheit in der Parteimitgliedschaft zurückgreifen konnte. Als dann auch noch der Schönhuber-Franz umschwenkte und sich vorerst wieder mit dem Margraf-Norbert verbrüderte, sahen sie ihre Felle bei den REP endgültig davonschwimmen. Schönhuber sei "nicht mehr voll handlungsfähig", sagte Klas auf der Gründungsversammlung der D-REP unter Anspielung auf den Einfluß ehemaliger NPDler bis hinein in die Führungsspitze der REP (Bundessekretär **Neubauer**). Mit Margrafs "Mafiamethoden" und dem "bayerischen Gummilöwen", der die REP "verraten und verkauft habe", begründete beispielsweise der Hildesheimer REP-Chef **Manfred Rittmeier** sei-

Spenden-Test

Bonn. Die Zeitschrift "Wiener" hat im Auftrag einer fiktiven Organisation "pro republica" 200 deutsche Unternehmen angeschrieben, um angeblich Wahlspenden für die rechtsextremen "Republikaner" zu sammeln. Auf diese Briefe hat lediglich ein Unternehmen reagiert - "Müllermilch", die Firma, mit der Tennisstar und Steuerflüchtling Boris Becker vor kurzem einen millionenschweren Werbevertrag abgeschlossen hat.

nen Wechsel zur Klas-Partei.
Eine ganz und gar demokratische Partei, frei von jeglichem Extremismus, wollen sie sein, betonen die Wortführer des REP-Ablegers ununterbrochen. Von den Schönhuber-REP wollten sie sich "schärfstens" abgrenzen. Deren Begriffe wie "Volksgesundheit" und "Lebensraum" seien ein ganz "böser Sprachschatz". Das eilends zusammengeschriebene Programm, das im übrigen von Rechtschreib-, Zeichensetzungs- und Tippfehlern strotzt, gewährt indessen ganz andere Einblicke hinter den äußerlich fleckenfreien Schafspelz.
Da wird dann als Ziel der Umweltpolitik von der "Gesundheit des Lebensraumes" gesprochen, der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Fortbestandes des Deutschen Reiches "in allen seinen Teilen" das Wort geredet, die "Alleinschuldtheorie" für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges angezweifelt und gegen die These von der "Kollektivschuld" des deutschen Volkes am Faschismus gewettert, Ausländer werden zu "Gästen" zurückgestuft, denen keine unbefristeten Arbeitsverträge gewährt werden können. Arbeitslose ausländische MitbürgerInnen wollen die D-REP kurzerhand in ihre Heimat zurückschicken, ebenso soll mit jungen Nichtdeutschen verfahren werden, sobald sie ihre Lehre oder ihr Studium beendet haben. Der Begriff "politische Verfolgung" im Asylrecht soll "eng" ausgelegt werden. Eine "Reformation der Sozialordnung" soll nur noch "wirklich Bedürftige" vor Not bewahren. "Die Verhinderung des Mißbrauchs sozialer Leistungen und die Verweigerung asozialer Ansprüche (...) wird Wesensbestandteil unserer Sozialpolitik". An diesem (Un)Wesen sollen dann die Sozialversicherungen genesen.
Bezeichnenderweise resümieren die REP-Ableger, in Deutschland herrsche vielerorts ein Klima der Verwahrlosung geistiger und politischer Kultur. Was sie nicht daran hindert, zusammenhanglos vermeintlich populäre Forderungen aufzugreifen, wie den Ausstieg aus der Kernenergie, Abschaffung von Monokulturen und artfremder Tierhaltung in der Landwirtschaft, Abbau der Subventionen vor allem der Großbauern und Beendigung des "Beamtenfilzes". "Wir glauben, daß unsere Partei schneller wachsen wird", sagte Eberhard Klas im Brustton der Überzeugung nach der Gründung. Zwar gab es auch viele interessierte Anfragen nicht nur aus Niedersachsen, die Eintrittswelle blieb bisher aus. Die Mitgliederzahl lag Mitte November nach eigenen Angaben der D-REP bei 120.
Nun gehört es allerdings zur Taktik dieser angeblich um Demokratie bemühten patriotischen Kumpanen, den Gegner nicht nur offen zu bekämpfen. So blieben eine Reihe von Anhängern des Klas-Flügels zunächst bei den REP, wie der Polizeibeamte **Werner Rieb** aus Laatzen oder der Friseur Stefan Didi aus Einbeck, beide zeitweilig REP-Kreisvorsitzende in Hannover-Land und Northeim. Sie kritisierten munter weiter die Margrafmehrheit und handelten sich prompt Ausschlußverfahren ein, gegen die sie wiederum Einspruch einlegten. Auf diese Weise ließen sich die REP noch eine Weile beschäftigen, feixen Rieb und Didi hinter vorgehaltener Hand. Mittlerweile sind beide zu den D-Rep übergetreten. Überdies zeigen sich Klas und Co. weiterhin über Internas der REP gut informiert.
Taktische Winkelzüge zeichneten Klas und Dimpfel schon aus, als die sich noch mit den Ämtern eines Kreisvorstands Hannover-Stadt der REP begnügen mußten. Eine Versammlung von gut 100 Margraf-Gegnern im Vorfeld des Dannenberger Parteitages Anfang Oktober im Kegel-Center in Lehrte bei Hannover ließen sie noch auf einen Kompromiß einschwören, der den Hildesheimer Ex-CDU-Mann Fehlig als gemeinsamen Spitzen-Kandidaten der REP für die Landtagswahl im Mai 1990 vorsah. Unter der Hand wurde jedoch bereits lanciert, daß Fehlig nicht unterstützt werden solle, auf daß er vor der Landesversammlung mit Ach und Krach durchfalle und seine Niederlage den Anlaß für die Spaltung liefere. Margrafs Leute reagierten in Dannenberg mit der Absetzung des Tagesordnungspunktes "Landeslistenwahl", was den Klas-Flügel jedoch nicht davon abhielt, eine eigene Partei zu gründen.
Klas und Dimpfel kommen aus der CDU und waren erst nach den Wahlerfolgen der REP in Berlin zur Schönhuber-Partei gestoßen. Bei enttäuschten CDU- und REP-Anhängern sehen sie ihr Wählerreservoir. Gleichwohl räumen sie ihrer Partei kaum eine Chance auf den Einzug ins Leineschloß ein. Doch was ihnen verwehrt wird, soll den REP ebensowenig gelingen. "Wir werden es zu verhindern verstehen, daß die Margraf-Truppe in den Landtag einzieht", versicherte Klas bei der Gründung. So würde es bei dieser eindeutigen Stoßrichtung nicht verwundern, wenn Klas für seinen Wahlkampf auf die eine oder andere Finanzspritze seiner langjährigen Unionsfreunde zurückgreifen könnte. Was natürlich nicht an die große Glocke gehängt werden sollte, wie ein D-REP-Mitglied aus dem Celleschen meint.

Helmut Kellershohn:
Der völkische Nationalismus der REPUBLIKANER
Ideologie und Programmatik



Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Soeben erschienen

Helmut Kellershohn konzentriert sich auf eine ideologische Untersuchung der Programmatik der Republikaner. Er arbeitet die zentralen Ideologeme und sozioökonomisch bedingten Widersprüche ihres völkisch-nationalistischen Weltbildes heraus. Der völkische Nationalismus der Republikaner - so die Kernthese des Autors - bringt bornierte mittelständische Interessen zum Ausdruck, artikuliert zugleich pseudosozialistische Sehnsucht nach der Volksgemeinschaftund pocht auf eine chauvinistische Machtpolitik nach außen. Alle drei Aspekte bilden zusammengenommen die klassischen Wunschphantasien von einem "starken Staat" der die gesellschaftlichen Gegensätze autoritär zusammenschweißt.
Die Broschüre hat 60 Seiten und kostet 5,50 DM (zuzügliche Porto)
Bestellungen bitte an: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Realschulstr. 51, 4100 Duisburg

REP-Jugendsprecher gewählt

Am 4.11.1989 wurde in Niedersachsen ein erster Anlauf unternommen, den bisher brachliegenden Jugendbereich der REP zu organisieren. Nach der Gründung des REP-Studentenverbandes "Republikanischer Hochschul-Verband" (RHV), wurde in Anwesenheit der REP Landesvorsitzenden **Margraf** (Nds.) und **Fuchs** (Hessen) in Eystrup **Jens Böning** (Hannover) zum Landesjugendsprecher gewählt. Die nur schwach besuchte Veranstaltung wählte als Stellvertreter **Carsten Stock** aus Schaumburg (Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit) und **Thomas Reiss** aus Burgwedel (Organisation).

Abspaltung

ÖTV-Soltau fordert Unvereinbarkeit

Auf der Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV-Nebenstelle Soltau wurde der Hauptvorstand aufgefordert, "in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß Mitglieder der Partei der Republikaner nicht Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr werden können." Unter Hinweis auf die gewerkschaftsfeindliche Programmatik der REP wird weiter gefordert, daß ÖTV-Mitglieder, die sich als REP zu erkennen geben, auszuschließen sind.

AWO empfiehlt Nichtaufnahme

Der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt hat sich mit dem Thema Republikaner befaßt und seinen Landes- und Bezirksverbänden folgende Empfehlung ausgesprochen: "Das Parteiprogramm der sogenannten Republikaner weist aus, daß es im fundamentalen Gegensatz zu den Grundsätzen und Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt steht. Eine Zusammenarbeit kann es für die Arbeiterwohlfahrt mit der genannten Partei nicht geben.
Es ist zu beobachten, daß Mitglieder der REPs den Versuch unternehmen, in gesellschaftlich relevanten Gruppen Mitgliedschaften zu erwerben. Ziel ist es, Verwirrung zu stiften und zugleich die eigene Reputation zu verbessern.
Den Ortsvereinen der Arbeiterwohlfahrt wird empfohlen, Anträgen auf Aufnahme von Mitgliedern der REPs nicht zu entsprechen."

"... und die Heide wackelt doch."

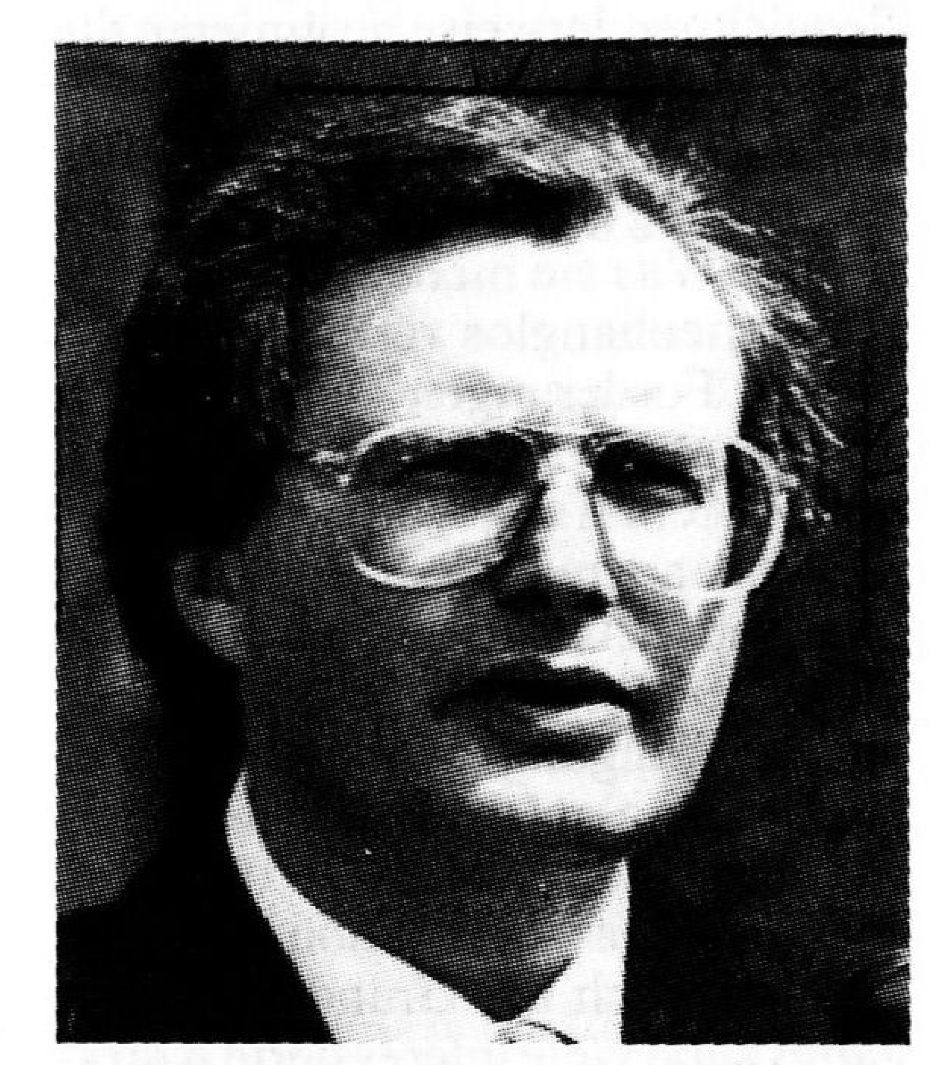
Die Geschichtswerkstatt Lüneburg hat aus aktuellem Anlaß eine Broschüre über neofaschistische Aktivitäten von Jugendlichen in Lüneburg und Möglichkeiten sozialarbeiterischen Handelns veröffentlicht. Die Broschüre basiert auf einer Diplomarbeit von Christopher Zörner, die er 1985 verfaßte. Im Vorwort heißt es: "Die hier vorgelegte Broschüre reiht sich ein in die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. Sie hat jedoch das Novum, den Blick zu schärfen für die regionalen Entwicklungen und die lokalen Umgangsweisen mit dem Phänomen - auch in Lüneburg. Es wird augenfällig, daß neofaschistische Vorfälle nicht nur auf großstädtische Ballungsräume beschränkt bleiben, sondern ebenso Kleinstädte, Dörfer und ländliche Regionen betreffen."
Geschichtswerkstatt Lüneburg e. V., Barckhausenstr. 27, 2120 Lüneburg

Göttingen: Anti-Pogrom-Demo totgeschwiegen "Niemals vergessen - die Verbrechen des Kapitals"

Am 9. November 1989 beteiligten sich mehr als 1000 Menschen an einer "Anti-Pogrom-Demo" in der Göttinger Innenstadt. Unter dem Motto "Niemals vergessen - die Verbrechen des Kapitals" hatten neben den Autonomen lediglich die DKP aufgerufen. Erinnern wollte die Demo neben dem Jahrestag der faschistischen Judenprogrome am 9. November 1938 auch an den revolutionären Aufstand am 9.November 1918 in Deutschland.
Im Mittelpunkt stand der Versuch, die unmittelbare, lokale Geschichte des Faschismus zu dokumentieren. So gab es Zwischenkundgebungen auf dem Albaniplatz, dem Ort der Bücherverbrennungen im III. Reich, am Ort der ehemaligen Synagoge. Aber nicht nur die historischen Orte wurden mit Zwischenkundgebungen bedacht. Auch die beteiligten Nutznießer der Nazi-Politik, die noch heute ihre Geschäfte machen, wurden benannt. Insbesondere die Verquickung der *Dresdner Bank* mit den Verbrechen des Faschismus und die braune Vergangenheit des *Göttinger Tageblatt* waren Thema einer Zwischenkundgebung.
Ob es an letzterem lag, daß die örtliche Monopolzeitung diese Demonstration einfach totschwieg? Zwar wurde am folgenden Tag über eine Veranstaltung der JUSOS zum gleichen Thema in Elliehausen ebenso berichtet, wie über die am Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge stattfindende Gedenkfeier mit rund 200 Teilnehmern, die antifaschistische Massendemonstration aber fand im *Tageblatt* nicht statt.
Nach Ansicht der Veranstalter liegt es klar auf der Hand, welches Spiel hier gespielt wird. Der genehme staatstragende Antifaschismus werde unterstrichen in den Vordergrund gestellt, der radikale Antifaschismus konsequent bekämpft, in diesem Fall durch Verschweigen. Die üblichen Diffamierungen seien gegen die Antifa-Demo nicht möglich gewesen. Denn die Demo war angemeldet und von vornherein so angelegt, daß sich alle an ihr beteiligen konnten und sollten. Dieses Konzept wurde voll durchgehalten. Die Demo vom 9. November war ein voller Erfolg für die Autonomen, aber auch andere politische Kräfte. Sie machte klar, daß der radikale Antifaschimus zumindest für die Region Süd-Niedersachsen ein unumgänglicher Faktor geworden ist.
In nächster Zeit wird eine Broschüre mit den gesammelten Redebeiträgen und den politischen Rahmenbedingungen der Demonstration erscheinen.

Der NPD eine Chance?

In Hessen offenbart sich zur Zeit, wie weit Teile der CDU zu gehen bereit sind, wenn es um den Erhalt von Ämtern/Macht geht. Erst auf Drängen des CDU-Landesvorsitzenden Wallmann revidierte die CDU in Hersfeld die Wahl Hartmut **Böhmers** zum Bürgermeister der Gemeinde. Kurz vor seiner Wiederwahl war aus der CDU ausgetreten. Auf Anraten von CDU-KollegInnen kandidierte Böhmer erneut, wohlwissend, daß er nur mit den Stimmen der NPD eine Chance hatte. Mit den Stimmen von CDU und NPD (mit einer Stimme Mehrheit) wurde in seinem Amt bestätigt.
In Wölfersheim war die CDU bereit, die Gemeindesatzung zu verändern, um der NPD einen Sitz im



Hartmut Böhmer

Hauptausschuß zukommen zu lassen. Hintergrund ist hier ein Wahlergebnis von 17,5% für die NPD und 17, 4 % für die CDU bei den letzten Gemeinderatswahlen.



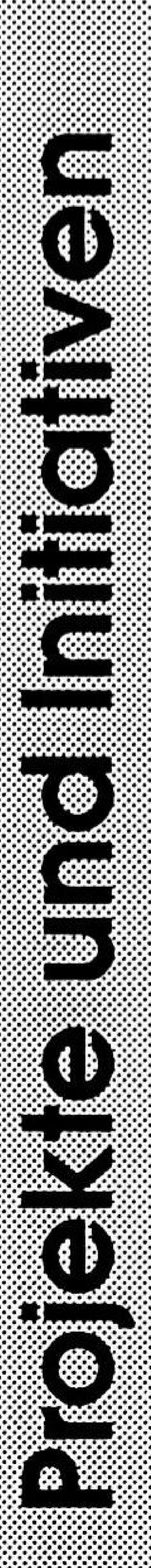
Ein hannoversches Zeitungsprojekt

Unsere Stimme/Sesimiz

Einigen wird unsere Zeitung nicht unbekannt sein, andere werden sich bestimmt fragen, warum eine weitere Zeitung im bundesdeutschen Medienwald herausgegeben wird.
Wozu also "Unsere Stimme"?
Die bundesdeutschen Presseorgane haben eines gemeinsam: sie sprechen in erster Linie deutsche LeserInnen an. In den meisten Zeitungen und Zeitschriften werden "Ausländer" auf Schlagzeilen reduziert und zum Wahlkampfthema aufgeblasen. Zu einem nicht unerheblichen Teil tragen viele Medien dazu bei, daß gesellschaftliche Konflikte und Probleme auf Kosten nationaler Minderheiten ausgetragen und "gelöst" werden. Zudem wird den durch Modernisierungsschäden und Umverteilungspolitik politisch und sozial Unzufriedenen ein "innerer Feind" geliefert. Dabei leben sie zum Teil bereits in der dritten Generation in der BRD. Sie - die Einwanderer und Flüchtlinge - wurden angeworben oder mußten fliehen.
Allein in Hannover und Umgebung leben 190.000 "ausländische Mitbürger", die durch viele Gemeinsamkeiten mit den "inländischen Mitbürgern" verbunden sind: sie arbeiten gemeinsam, leben als Nachbarn, zahlen gemeinsam Steuern und Sozialabgaben, ihre Kinder besuchen dieselben Schulen...
Dennoch sind sie aufgrund ihrer Nationalität rechtlich und politisch ausgegrenzt. Ein gleichberechtigtes Zusammenleben im Einwanderungsland BRD wird also unmöglich gemacht. Ein zum großen Teil von den Nazis ohne große Veränderungen übernommenes Ausländergesetz trennt sie von ihren ArbeitskollegInnen, von ihren NachbarInnen, von ihren SchulfreundInnen...
Die Bonner Rechtsregierung verschärft dieses ohnehin diskriminierende und rassistische Ausländer"recht" alle Jahre wieder.
Sie haben keinerlei rechtlich gesicherten Aufenthalt und nicht die mindesten politischen Mitwirkungsrechte, so daß sie je nach konjunktureller Lage als Verschiebemasse betrachtet werden. Zudem wird Flüchtlingen unterstellt, sie seien "Wirtschaftsasylanten".
Angesichts dieser "kleinen Apartheid" in der BRD wollten wir nicht länger schweigen:
"Unsere Stimme" ist ein gemeinsames Produkt von Menschen deutscher und ausländischer Herkunft, die für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung stimmen, für das allgemeine Wahlrecht und für ein wirkliches Asylrecht eintreten.
"Unsere Stimme" wird vorerst weiterhin zweisprachig erscheinen. Sie richtet sich aber ausdrücklich nicht nur an deutsch und/oder türkisch sprechende Menschen, denn wir betrachten unsere Zeitung als Plattform für eine neue politische, soziale und kulturelle Zusammenarbeit.
Daher bitten wir Euch, "Unsere Stimme" als Eure Stimme zu betrachten, die nur durch Eure aktive Unterstützung und Mitarbeit laut werden kann!! In den ersten drei Ausgaben hat:
-"Unsere Stimme" eine aktive Position gegen Rassismus und Neofaschismus bezogen. Die entstandenen Kontakte und Verbindungen zu Antifa-Gruppen und Einzelpersonen wollen wir mit Eurer Hilfe weiter ausbauen.
- "Unsere Stimme" kritisch über "Ausländerbeiräte" berichtet ("Nachhilfe in Demokratie?", Nr. 1; "Ausländerbeiräte - Scheinorgan ohne Funktion", Nr. 2 u.a.);
- "Unsere Stimme" den erweiterten Abschiebestopp in Berlin dokumentiert (Nr. 1);
- "Unsere Stimme" die Europawahlen analysiert und dargestellt, wer wo in Hannover faschistische Gruppierungen gewählt hat;
- "Unsere Stimme" das rassistische Ausländergesetz unter die Lupe genommen (Nr. 2);
- "Unsere Stimme" über Feminismus als Kampf um Gleichberechtigung auf allen Gebieten berichtet (Nr. 1);
- "Unsere Stimme" die Forderung aufgestellt, daß "Muttersprachen auf die Lehrpläne" gehören (Nr. 0);
- "Unsere Stimme" über die Problematik der Sonderschule berichtet (Nr. 0, 1, 2);
- "Unsere Stimme" verdeutlicht, daß kulturelle Vielfalt unendlich viele Impulse geben kann (Nr. 1, 2).
Wer Interesse hat, sich auf einer dieser Ebenen zu engagieren, (informieren, kritisieren...), sollte sich an unsere Kontaktadresse wenden: "Unsere Stimme", c/o Bildungsverein Oststadt, Bütersworthstr. 12, 3000 Hannover 1. Auch Leserbriefe, Artikel, Termine etc. können an diese Adresse geschickt werden.
Redaktion UNSERE STIMME

Rappe in MUT - SPD Ortsverein schreibt an Vogel

"Mit Erschrecken und Bestürzung hat der SPD-Ortsverein Oststadt/ Zoo im Unterbezirk Hannover zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Genosse Hermann Rappe der Monatszeitschrift "MUT" seine Dankesrede anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde im November 1988 für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat, bzw. haben soll,
Zur Erläuterung:
Dieses Periodikum mit einschlägig neofaschistischer Vergangenheit und nach wie vor existenten Bindungen sowie personellen Verflechtungen zu rechtsextremen, verfassungsfeindlichen Organisationen wurde erst auf Veranlassung des damaligen Bundesminister des Inneren - Fr. Zimmermann- 1984 aus den Verfassungsschutzberichten gestrichen.
Wir fügen diesem Schreiben einige aufschlußreiche Belege bei und hoffen nach Sachverhaltsklärung um baldmögliche Antwort.
In Zeiten offenkundigen Erstarkens neofaschistischer, rechtsextremer Parteien und Organisationen ist eine Quasi-Legalisierung dieser Publikation, die mit einer verkauften Auflage zwischen 25.000 und 32.000 Exemplaren über einen nicht unerheblichen multiplikatorischen Wirkungsgrad verfügt, durch einen SPD-Bundestagsabgeordneten und hochrangigen Gewerkschaftskollegen mehr als schlimm.
Wir hoffen, daß es zu einer nachvollziehbaren Erklärung hinsichtlich der o.e. Veröffentlichung kommen kann und eine sowoeso schwierige politische Argumentation nicht zusätzlich erschwert und nachhaltig belastet wird.



Interview zur Neuen Rechten:

Ideologische Waffenarsenale ausgebaut

Die Rechtsextremisten mobilisieren gefährlich erfolgreich für sich Stimmungen und Wähler. Nationalistische Standpunkte, die bisher verpönt waren, werden wieder hoffähig. Die Versuche halten an, die Schuld des deutschen Faschismus zu relativieren. Vor diesem Hintergrund befragte "Der Rechte Rand" den Neo-Nazi-Experten Professor Siegfried Jäger aus Duisburg. Jäger ist Autor des Buches "Rechtsdruck", das über rechtsextremistische Publikationen informiert.

RR: Herr Jäger, was sind die Hintergründe für die Erfolge der Rechtsextremen?

Jäger: Das Potential dafür hat es allerdings wohl seit Bestehen der Bundesrepublik gegeben. Neu für die Bundesrepublik ist eigentlich nur die Tatsache, daß rechtsextreme Parteien einen derartigen Massenzulauf von Mitgliedern und eine derartige Resonanz in der Wahlbevölkerung erhalten. Dieser Durchbruch des Rechtsextremismus, der viele wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen hat, hat sich nun aber schon seit einer ganzen Reihe von Jahren angekündigt.

RR: Seit wann?

Jäger: Bereits seit den 70er Jahren war zu beobachten, daß rechtsextremistische Kreise, oft unter der Tarnkappe des Konservatismus, darum bemüht waren, rechtsextreme Ideologie vom Ballast des Hitler-Faschismus abzukoppeln. Innerhalb des rechtsextremistischen Lagers entstand eine breite Strategiediskussion darüber, wie rechtsextremistische Ideen wieder politikfähig gemacht werden könnnten, zunächst in den Intellektuellenzirkeln um bestimmte Zeitschriften wie "Nation Europa", "Mut", "elemente", "wir selbst" und/oder in bestimmten Ideologiefabriken wie im Thule-Seminar oder der "Studienstiftung Weikersheim". Unter dem Einfluß der französischen Neuen Rechten bemühte man sich um eine "Modernisierung" und "Intellektualisierung" rechtsextremistischer Ideen, was aber im Grunde auf nichts anderes hinausgelaufen ist als auf den zumindest teilweise gelungenen Versuch einer "Enthitlerisierung" rechtsextremer Ideologie, deren reaktionäre Substanz selbst aber unangetastet blieb. Auch die Aufnahme neuer Themen wie Ökologie, Frauen, Arbeitslosigkeit etc. können daraüber nicht hinwegtäuschen. Hier feiern Sozialdarwinismus und Biologismus fröhliche Urständ. Hier leisten reaktionäre Wissenschaftler, die es ja leider zuhauf gibt - man denke nur an den Verhaltensforscher Konrad Lorenz und seinen Schüler Eibel-



Erschienen im Verlag J.M.W. Dietz: Jäger, Rechtsdruck, Die Presse zur Neuen Rechte.

Eibesfeld, den Psychologen Eysenck, die Historiker Hellmut Diwald und Bernard Willms, den Soziologen Vonderach und viele andere - willkommene Schützenhilfe. Nebenbei gesagt: Deren Einfluß auf Medien, Schulbücher, populärwissenschaftliche Darstellungen in renommierten Wochenzeitungn wie z.B. "Die Zeit" u.ä. ist enorm und trägt dazu bei, daß das Alltagsdenken eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung eine bestimmte Richtung nehmen kann.

RR: Reicht das, um das heutige Erstarken des Rechtsextremismus zu erklären?

Jäger: Nein, aber man muß dies im Hinterkopf haben, als wichtige, aber nicht hinreichende Bedingung für den Popularitätsschub der Rechtsextremisten. Sie haben sich sozusagen ideologisch gewappnet, ihre ideologischen Waffenarsenale ausgebaut. Auch die Tatsache, daß es rechtsextremistische Parteigründungen gegeben hat, wie z.B. die der sog. Republikaner, daß es Bündnisse zwischen rechtsextremistischen Alt-Bewegungen gegeben hat (Liste D), daß diese Gruppierungen sich infrastrukturell und organisatorisch modernisiert haben, erklärt nicht den Massenzulauf, obwohl auch diese eine gewisse Rolle spielen. Solche Bemühungen sind bereits als Ausdruck der Modernisierungsversuche zu verstehen, wie ich sie oben charakterisiert habe. Die Republikaner sind wohl das Musterbeispiel: Sie distanzieren sich von Hitler, von Rassismus und Antisemitismus, sind aber dennoch eine eindeutig rechtsextremistische Partei, die man nur deshalb nicht als neofaschistisch bezeichnen soll, weil sie sich selbst ein anderes Etikett gegeben hat. Ein solcher Etikettenschwindel erleichtert es allerdings vielen, dieser Partei zu folgen, weil sie sich damit zugleich verbal vom Faschismus distanzieren können.

RR: Welche Rolle spielen die etablierten Parteien?

Jäger: Ein weiterer wichtiger ideologischer Faktor, der für den Zulauf zu den rechtsextremistischen Parteien verantwortlich zu machen ist, ergibt sich aus dem Verhalten der etablierten Parteien, insbesondere der Union. Sie hat ihre Integrationskraft ein Stück weit deshalb eingebüßt, weil sie eine Politik betrieben hat, nicht nur verbal, die dem Rechtsextremismus Wasser auf die Mühlen führen mußte. Besonders die Wohnungs- und Gesundheitspolitik, insgesamt aber ein grassierender Sozialabbau trafen Teile der Bevölkerung schwer oder lösten doch erhebliche Existenzängste aus. Zugleich wurden die Ausländer zu Verantwortlichen gemacht für den Abbau der sozialen Sicherheit und das Schwinden gesicherter Zukunftsaussichten großer Teile der Bevölkerung. Da die Union aber nicht hingehen kann und alle Ausländer aus dem Land jagen kann, denn dies bedeutete einen herben Verstoß gegen die Interessen der von der Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft profitierenden Wirtschaft, ist die Union zu einem halbherzigen Kurs gegen die Ausländer gezwungen: Die, die nicht profitabel sind, sollen raus; die anderen müssen integriert werden. Das geplante neue Ausländergesetz ist der exakte Ausdruck dieser Zwiespältigkeit. Die in dieser Ausländerpolitik der Union enthaltenen "Rücksichten"

brauchen die Rechtsextremen nicht zu üben. Sie können fröhlich anknüpfen an die in der Bevölkerung erzeugte Ausländerfeindlichkeit und mit dem Schlachtruf "Ausländer raus!" auf Stimmenfang ziehen - erfolgreich, wie man sieht!

RR: Der Massenzulauf von Wählern und Mitgliedern hat also neben den in erster Linie ideologisch-propagandistischen Bedingungen handfeste materielle Ursachen.

Jäger: Ja, die Leute haben den Politikern einfach geglaubt und nicht sehen können, daß die Ausländer als bloßes politisches Alibi für die von der Union forcierte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach oben dienen. Sie erteilen den Unionsparteien die Quittung, indem sie rechtsextrem wählen, diejenigen also, die das von der Union beschworene Übel mit der Wurzel auszureißen versprechen. Da die Rechtsextremen rassistische, nationalchauvinistische und antidemokratische Vorstellungen mit ihren ausländerfeindlichen Parolen verbinden, ist die Gefahr gegeben, daß die in Teilen der Bevölkerung ohnedies herrschende Ausländerfeindlichkeit zu geschlossenen rechtsextremistischen Weltbildern in den Köpfen der Menschen ausgebaut wird.

RR: Arno Klönne bezeichnet den heutigen Rechtsextremismus auch als "Rechten Fundamentalismus". Meinen Sie, daß eine solche Formulierung zu einer besseren Charakterisierung des Rechtsextremismus beiträgt?

Jäger: Ganz und gar nicht! Diese Formulierung finde ich eher irreführend. Ich vermute, daß Arno Klönne die Absicht verfolgt, einen neuen Terminus zu propagieren, um etwas gegen den herrschenden terminologischen Wirrwarr zur Bezeichnung des Rechtsextremismus zu unternehmen. Was Arno Klönne dabei wohl nutzen wollte, war die negative Besetzung des Wortes "Fundamentalismus", die dieses durch die Bezeichnung des fanatischen Islam im Iran gewonnen hat. Zugleich denken aber beim Wort "Fundamentalismus" viele an den linken bzw. ökosozialistischen Teil der Grünen. Ich finde die Rede vom "Rechten Fundamentalismus" überhaupt nicht gut, weil sich bei manchem Leser gewisse Rechts-Gleich-Links-Vorstellungen einstellen können.

RR: Wie erklären Sie die unterschiedlichen Wählerreaktionen (Nord-Süd, geschlechtsspezifisch)? Besteht ein Zusammenhang, daß die REP z.B. in Bayern organisierte Strukturen haben und dort aktiven Wahlkampf betrieben haben?

Jäger: Die Republikaner versuchen von Bayern aus, die gesamte Bundesrepublik aufzurollen. Inzwischen haben sie in allen Ländern der Bundesrepublik Brückenköpfe angelegt, und sie sind dabei, auch mit Hilfe der erheblichen öffentlichen Mittel, die ihnen durch die letzten Wahlerfolge zugeflossen sind, diese zu einer flächendeckenden Infrastruktur weiterzuentwickeln. Sie werden sicher nicht überall auf 15 % kommen. Ich bin aber ziemlich sicher, daß die Erfolge bei der Europawahl in den nördlicheren Bundesländern in Zukunft noch übertroffen werden können. Interessant finde ich Einschätzungen, die aus der rechtsextremen Ecke selbst kommen: Die geringeren Erfolge der Republikaner im Norden werden auf die hier besonders starken Aktivitäten der Antifaschisten zurückgeführt. Während es in Bayern oder Baden-Württemberg keine Schande sei, sich offen zu den Republikanern zu bekennen, sei es im Norden den Antifaschisten gelungen, die Republikaner mit einem starken Negativbild zu belasten. Wenn das so wäre, dann fände ich das für die Antifa-Arbeit, bei allen Schwächen, sehr ermutigend.

RR: Warum haben so wenig Frauen die REP gewählt?

Jäger: Daß weniger Frauen die REP gewählt haben als Männer, obwohl man auch diesen Unterschied nicht überschätzen soll, liegt sicherlich an dem extrem antiquierten, patriarchalischen Frauenbild der Partei. Hier dominiert noch die Vorstellung, daß die Frau dem Manne zu dienen habe, Haus und Herd zu versorgen habe, Kinder zu bekommen und ansonsten den Mund zu halten habe. Daneben dürfte auch die Konkurrenz der Frauen im Berufsleben manchen Mann erschreckt haben. Ferner: Stärke zu zeigen, latente Bereitschaft zu Gewalt zu erkennen zu geben, das Militär zu verherrlichen, all dies mag Männern mehr imponieren als Frauen, denn dies sind in dieser Gesellschaft Untugenden, auf die besonders Männer hindressiert werden. Hierin liegt möglicherweise auch die besondere Attraktivität der Republikaner für viele männliche Jugendliche: Die gerade bei ihnen häufig anzutreffenden Ohnmachtsgefühle resultieren oft in einer Bereitschaft zur Gewalt oder doch zu Vorstellungen derart, daß sich die Verhältnisse nur mit Gewalt, nur mit einem starken Mann etc. ändern lassen.

RR: Wie kann es erklärt werden, daß die Rechten auch in traditionelle SPD-Wählerschichten einbrechen konnten?

Jäger: Das ist ein heikles Problem. Ich möchte hinzufügen, daß es Wählerwanderungen von allen Parteien hin zu den Republikanern gegeben hat, natürlich am stärksten von den Unionsparteien her. Aber bleiben wir bei den Sozialdemokraten: Auch ihre (ehemaligen) Wähler sind von den zuvor erwähnten Politikfolgen der Union nicht unberührt; auch sie bekommen den Sozialabbau zu spüren und auch sie sind nicht gefeit gegenüber den Lügen der Politiker, die die Ausländer dafür verantwortlich machen. Das ist das eine. Die andere Seite darf aber auch nicht verschwiegen werden: Auch die Sozialdemokratie hat ihren Anteil an der herrschenden Ausländerfeindlichkeit. Vielfach hat die Union in dieser Hinsicht Strukturen übernommen, die unter sozialdemokratischen Regierungen bereits vorhanden waren. Die Union hat solche Tendenzen nur weiter verschärft. Ferner: Auch die SPD ist kein Unschuldslamm in Sachen Politskandale. Ihre Parteistrukturen sind keineswegs so demokratisch, wie sie es nach dem Selbstverständnis der SPD zu sein hätten. Sozialdemokratische Lebensformen sind seit Jahrzehnten zuneh-

Betr.: Diskussionsaufruf im "Rechten Rand", Juli 2. Ausgabe/ "Klönne"

Euren Aufruf zur Diskussion antifaschistischer Strategien finde ich gut. Ich bin allerdings der Auffassung, daß vorab eine Vorgabe gemacht werden sollte, daß Begriffe und neue Plastikwörter wie "rechter Fundamentalismus" nur benutzt werden, wenn gleichzeitig eine Definition von den VerfasserInnen mitgeliefert wird. Erst das macht eine Überprüfung möglich, d.h. es schafft die Voraussetzung, die Grundlage jeder seriösen Erkenntnis ist: Überprüfbarkeit der gemachten Aussagen. Unter dem Etikett des Unfehlbarkeitsanspruchs von Wissenschaft wird nicht nur von Prof. Klönne mehr vernebelt als aufgeklärt (siehe z.B. die Streitschrift: Gegen Leggewiesierung und Heitmeyerei im Antifaschismus, Falken/Bonn). Warum ersucht Ihr den Herrn Prof. nicht offen, eine exakte Begriffsbestimmung vorzunehmen? Überschreitet das möglicherweise seine wissenschaftlichen Fähigkeiten?

Mit antifaschistischen Grüßen

Lisa Böhme, Dipl.Soz.Päd.

mend blutarm geworden oder ganz verschwunden. Basisarbeit, Basisnähe - in dieser Hinsicht liegt bei der SPD viel im argen. Jugendarbeit? Auch ziemlich Fehlanzeige. Was aber vielleicht noch entscheidender ist: Obwohl sich die SPD als überzeugte antifaschistische Kraft darstellt, kann sie diese Position oft wenig glaubhaft vertreten, wenn sie den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus/ Rechtsextremismus nicht wahrhaben will, oft nicht wahrhaben kann, da sie sich im Hauptstrang ihrer Wirtschaftspolitik spätestens seit Godesberg selbst mit beiden Beinen fest auf die Segnungen des kapitalistischen Marktes gestellt hat. Das ist in Sachen Rechtsextremismus das objektive Dilemma der in der SPD zur Zeit herrschenden Strömung. Wie will diese Partei antifaschistische Aufklärungsarbeit leisten, wenn sie die Entstehungsbedingungen des Faschismus nicht zur Kenntnis nehmen will oder kann? Ihr bleibt der Rechtsextremismus deshalb ein Phantom, eine Geisterveranstaltung.

RR: Derzeit kommt Kritik aus bestimmten Lagern an der "traditionellen" Antifa-Arbeit auf. Inwieweit halten Sie diese Kritik für berechtigt?

Jäger: Über Jahrzehnte hinweg ist antifaschistische Arbeit das Werk kleinster Zirkel gewesen. Besondere Verdienste kommen hier den alten Widerstandskämpfern zu, besonders aber den vielen kleinen Gruppen, die im Rahmen der VVN gearbeitet haben und dort weiter arbeiten. In diesen Gruppen liegt auch heute noch ein Erfahrungsschatz vor, der ziemlich unvergleichlich ist. Diese und andere antifaschistische Gruppierungen haben sich und ihren antifaschistischen Kampf lange Zeit und teilweise noch bis heute sehr stark an den Erfahrungen mit dem Faschismus des Dritten Reiches orientiert und diese Form des Faschismus zu stark verabsolutiert. Dabei wurde und wird vielfach übersehen, daß auch diese Herrschaftsform historischem Wandel unterworfen ist, daß also die antifaschistischen Strategien, die möglicherweise für die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Faschismus geeignet waren (Aktionismus), heute erheblich modifiziert werden müssen. Der heutige Rechtsextremismus stellt, wie gesagt, eine modernisierte und intellektualisierte Variante des Faschismus dar, der auch mit entsprechenden erneuerten Strategien angesichts der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen begegnet werden muß. Besonders fatal finde ich die in manchen "alten" antifaschistischen Gruppen teilweise noch vorherrschende Theoriefeindlichkeit. Solche Kritik an der "traditionellen Antifa-Arbeit" teile ich voll und ganz. Daneben gibt es Versuche, antifaschistische Gegenwehr heute politisch möglichst breit anzulegen, um der angeblich unmittelbar drohenden Gefahr eines Umschlags in den Faschismus wirkungsvoll begegnen zu können. Eine solche Gefahr ist für mich derzeit nicht sichtbar. Im Klartext: Heiner Geißler mag zwar kein Freund der Republikaner sein. Unter einem Antifaschisten stelle ich mir aber etwas anderes vor. Ich kann mir überhaupt den Antifaschisten nicht "alleine" denken. Wie Erich Fried sagte: "Wer nichts ist als ein Antifaschist, ist kein Antifaschist." Der Kampf gegen den Faschismus oder den Rechtsextremismus oder wie man solche Herrschaftsformen auch immer benennen will, ist für mich immer zugleich der Kampf gegen seine Ursachen.

RR: Wie könnten die kurz- und langfristigen Perspektiven der Antifa-Arbeit aussehen?

Jäger: Kurzfristig tut sicherlich Eindämmung not. Die Handlungsspielräume rechtsextremer Gruppen und Parteien müssen notwendigerweise eingeschränkt werden. Hierzu taugen durchaus manche Strategien "traditioneller" Antifa-Arbeit, wobei jedoch zu bedenken ist, daß auch die Rechtsextremisten in dieser Hinsicht in den letzten Jahren keineswegs geschlafen haben. So laden sie heute antifaschistische Gruppen z.B. zu ihren Treffen ein, um Randale zu provozieren, die sie dann den Antifa-Leuten öffentlichkeitswirksam in die Schuhe schieben können. Deshalb müssen auch hier neue, Sympathiewerbung ermöglichende Formen der Gegendemonstration entwickelt werden. Das alles sind zwar notwendige, aber letztlich nur defensive Maßnahmen. Zugleich und parallel dazu aber muß eine breite und wirklich aufklärende Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Gang gesetzt werden. Thematische Schwerpunkte bilden Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und insbesondere auch das Bild der Frau unter rechtsextremistischem Blickwinkel. Darüberhinaus muß ein Demokratisierungsprozeß in allen Lebensbereichen in Gang gesetzt werden. Wirkliche Demokratie ist m.E. der stärkste Damm gegen die Gefahr von rechts.

Das Interview führte Michael Ortmann von der Zeitung »Schlag nach«, Bielefeld

Günter Schwarberg

Hamburger Strafanzeige wegen Volksverhetzung

Die Neonazis hetzen wieder gegen die ehemaligen Auschwitz-Häftlinge. In zwei Flugblättern behauptet ein "Freundeskreis Freiheit für Deutschland", Postfach 400336, 4630 Bochum (verantwortlich **Werner Gebhardt**), es habe nie Gaskammern gegeben. Und in Zusammenhang mit der Zahl der getöteten Juden wird die Bevölkerung aufgefordert: "DEUTSCHE, WEHRT EUCH GEGEN ZAHLENMANIPULATIONEN!".

Das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland hat jetzt durch die Hamburger Rechtsanwältin Barbara Hüsing gegen diese Gruppe Strafanzeige wegen Volksverhetzung erstattet. Der Anzeige haben sich anläßlich einer Kundgebung zum 41. Jahrestag der "Reichskristallnacht" in Hamburg 139 weitere Unterzeichner angeschlossen.

In der Strafanzeige wird ausgeführt:

Am 13. Oktober 1989 hat Frau Bejarano als Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland per Post einen Brief mit den beigefügten beiden Flugblättern zugeschickt erhalten. Der Inhalt der beiden Flugblätter stellt einen Verstoß gegen § 130 StGB, Volksverhetzung, dar.

Beide Flugblätter gehören inhaltlich zusammen. In der groß herausgestellten Überschrift des ersten Flugblattes wird die Frage gestellt: "Auschwitz in alle Ewigkeit?" Das Flugblatt endet mit folgender, grafisch besonders hervorgehobener Aufforderung:

"DEUTSCHE, WEHRT EUCH GEGEN ZAHLENMANIPULATIONEN!",

wobei unter Zusammenstellung unterschiedlicher Zahlenangaben über Morde in Auschwitz und unter Bezugnahme auf ein angebliches Strafurteil in Österreich bewiesen werden soll, es sei falsch, daß es "jemals EXEKUTIONS-GASKAMMERN im DEUTSCHEN REICH oder in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten gegeben hat!"

Die Verbindung zwischen den Flugblättern besteht darin, daß auch im zweiten Flugblatt - mit Hilfe raffiniert angeordneter Zitate - die Behauptung aufgestellt wird: "Die schändlich berühmten Gaskammern von Auschwitz, Treblinka und Majdanek haben niemals existiert. Niemals. Bestenfalls als

Geisteskind des britischen Kriegspropagandaapparates für psychologische Kriegsführung (PWE Psychological Warfare Executive)."
Damit haben die Angezeigten in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen, daß sie zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelten (Öffentliches Leugnen der Judenvernichtung, BVerfG MDR 83, 22). Der Tatbestand des § 130 StGB ist erfüllt.
Die für die Flugblätter Verantwortlichen können sich nicht damit rechtfertigen, lediglich Zitate verbreitet zu haben. Sie haben durch Anordnung und besondere Hervorhebung den Inhalt dieser Zitate zu ihrer eigenen Aussage gemacht. Insbesondere haben sie durch die Antworten auf ihre eigene Fragestellung "Auschwitz in alle Ewigkeit?" (Flugblatt 1) dazu aufgerufen, sich der Auschwitzlüge anzuschließen und aktiv dagegen aufzutreten: "DEUTSCHE, WEHRT EUCH!"
Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.



Klaus Harbart

Strafanzeige gegen Heß-Verehrer

Gegen den Organisator von Rudolf-Heß-Gedenkkundgebungen militanter Neonazis in Wunsiedel, **Berthold Dinter**, wurde beim Landgericht Bielefeld Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Als Schriftleiter der monatlich erscheinenden Neonazi-Zeitung "Wehr Dich" hatte Dinter in der Septemberausgabe volksverhetzende Behauptungen über Juden und Farbige verbreitet.

FAP-Hessen favorisiert REP

Am 11.November 89 fand ein außerordentlicher Parteitag der FAP-Hessen statt. In dem dort beschlossenen Leitantrag heißt es: "Trotz aller Bedenken gegenüber Kurs und Führung der REPUBLIKANER sieht die FAP Hessen in den REP die einzige rechte Partei mit Aussicht auf Erfolg bei den kommenden Bundestagswahlen. Deshalb verzichtet die FAP-Hessen zugunsten der REPUBLIKANER auf die Aufstellung einer Landesliste und wird sich stattdessen mit Einzelkandidaten um die Erststimmen bewerben."

REP: Geschichtsrevision für den Gabentisch

Alle Jahre wieder in der Vorweihnachtszeit werden die Bücherdienste der rechten und neofaschistischen Verlage aktiv. Angeboten wird Literatur über den zweiten Weltkrieg, über die einzelnen Größen des NS-Regimes, die "verlorene Heimat" und die "Umerziehung der Deutschen". Dabei machte auch die REP-Parteizeitung "Der Republikaner" keine Ausnahme.
Neben Heinrich Lummer, Bernhard Friedmann (beide CDU), dem Historiker Hellmuth Diwald und dem ehemaligen NPD-Chefideologen **Ernst Anrich** findet sich auch **Wolf Rüdiger Heß** unter den angebotenen Autoren. Unter der Fragestellung "Mord an Rudolf Heß?" stricken auch die REP an der Legende des Hitler-Stellvertreters und "Friedensflieger" Heß: "Dies ist der lückenlose Bericht eines grausamen Verbrechens, begangen an einem hilf-und wehrlosen Mann."
Ganz in das Konzept der Verharmlosung, bzw. Verleugnung der Verbrechen des NS-Regimes paßt auch die Werbung für Bücher des britischen "Historikers" **David Irving**. Nicht genug, daß Irving der Starreferent der Deutschen Volksunion (DVU) des **G. Frey** ist, für die er seit Jahren ausgedehnte Vortragsreisen unternimmt, er ist zugleich auch der jüngste Überläufer in das Lager der Geschichtsrevisionisten. Das heißt, daß Irving zu denjenigen "Historikern" gehört, die den millionenfachen Mord an jüdischen BürgerInnen in der Zeit des Faschismus leugnen und als britische Propagandalüge deklarieren. In einem Interview erklärte er: "Das deutsche Volk sollte mit dieser Lüge verleumdet und die Völker der Alliierten gegen Deutschland aufgehetzt werden." In Auschwitz seien - so Irving- "weniger als 36.000 durch Gewaltmaßnahmen ums Leben gekommen. Diese Zahl ist vergleichbar mit einem englischen Bombenangriff auf Hamburg."
Der Verkauf seiner Bücher durch denREP-Versand trägt dazu bei, die Person Irvings und damit seine schlichtweg wahnwitzige, tausende ehemalige KZ-Häftlinge vergewaltigende These aufzuwerten, daß es eine "Verunglimpfung des deutschen Volkes " sei, wenn man von Vernichtungslagern und Todesfabriken spreche.
Während die REP versuchen, Irvings Bücher zu vertreiben, ist er in Österreich zur Fahndung ausgeschrieben. Das Justizministerium in Wien teilte mit, daß Irving sofort wegen Verstoßes gegen das Verbot nazistischer Wiederbetätigung inhaftiert werde, wenn er Österreich betreten sollte.

Thomas Klaus

Norden/Ostfriesland: Militante Rechtsgruppe aufgeflogen

Wieder einmal hat die Legende rechtsextremistischer Einzeltäter, die Polizei und konservative Presse so gerne streuen, kurze Beine gehabt.
Im November 1989 wurde in der Kleinstadt Norden in Ostfriesland eine zehnköpfige Gruppe zerschlagen, die sich "Die Deutsch-Nationalen" nannte und es nicht bei üblen rassistischen Sprüchen bewenden lassen, sondern sogar terroristische Anschläge begehen wollte. Seit Juni 1988 hatte die überwiegend aus Oberschülern im Durchschnittsalter von 18 Jahren bestehende Bande in Norden Aufsehen erregt.
Ausländische Mitbürger fanden in ihren Briefkästen Freifahrtscheine in das Vernichtungslager Auschwitz und Todesurteile für den Fall, daß sie nicht schnellstmöglichst ihre Koffer packen würden. Denn - so das "Informationspapier" "An alle Deutschen" - jeder könne sich vorstellen, "wie es mit uns enden wird, wenn wir den Zustrom der Ausländer nicht sofort stoppen" und die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer "von hier vertreiben". Die "Flut der Ausländer" überschwemme "unser einst so reinrassiges Deutschland".
Angestrebt wurde von den "Deutsch-Nationalen" "ein Deutschland ohne Ausländer, Juden und Kommunisten". Dieses Deutschland werde "überall Achtung und Ehrfurcht auf sich ziehen". Es solle, hieß es im Forderungskatalog, ein Deutschland "in den Grenzen vom 30. Juli 1914" sein. Der

deutschsprachige Teil der Schweiz solle "an Deutschland angegliedert", Österreich "ebenfalls an Deutschland angeschlossen werden". An die Herzen aller "sauberen Deutschen" rührten die "Deutsch-Nationalen", indem sie fauchten, sie wollten "keine lasche Regierung, wie wir sie zur Zeit haben". Die brutale Schlußfolgerung: "So laßt uns die Waffe in die Hand nehmen und diesen nichtdeutschen Judenstaat stürzen".

Aufgeflogen sind die "Deutsch-Nationalen" dank des Zwitscherns ihres Führers, des 19jährigen Berufsschülers **Ingo Jacknow.** Der legte bei der Polizei in Norden ein umfassendes Geständnis auch über seinen Spitzeleinsatz bei den Jungsozialisten in der SPD (Jusos) ab, als ihm der Eifer seiner Untergebenen zu heiß wurde. Die schändeten im Oktober 1988 ein Synagogendenkmal mit einer schwerentfernbaren Spezialfarbe, drangsalierten in Norden eine Reisedelegation aus der israelischen Stadt Bet Yam, unterstützten - was gerichtsnotorisch wurde - Nazi-Skinheads aus der Nachbarstadt Aurich mit engen Kontakten zur militanten "Freiheitlichen Deutschen Arbeiter-Partei" (FAP) in Hannover, prügelten sich mit Punkern und autonomen Antifaschisten bis zum Aufheulen der Krankenwagen-Sirenen. Das Faß zum Überlaufen brachte für den Theoretiker Jacknow, der die von ihm gerufenen Geister schließlich nicht mehr beruhigen konnte, der Plan einzelner "Deutsch-Nationaler", das Flüchtlingsheim "Haus Nazareth" in Norden-Norddeich durch einen Brand- oder Bombenanschlag dem Erdboden gleich zu machen.

Waffen oder Sprengstoffe stellte die Polizei bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Jacknow-Stellvertreters **Heiko Wilken** nicht sicher, dafür jedoch bergeweise ultrarechte Literatur und Propagandamaterialien der NPD und der "Republikaner".

Gegen die "Deutsch-Nationalen" sind bei der Staatsanwaltschaft in Aurich 24 Strafverfahren unter anderem wegen schwerer Beleidigung, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Sachbeschädigung anhängig. Bei denjenigen gab es ein böses Erwachen, die die Pamphlete der "Deutsch-Nationalen" einem einzelnen, im Grunde genommen harmlosen politischen Wirrkopf andichten wollten.

Unterdessen hat der Norder Landrat und SPD-Landtagsabgeordnete Hinrich Swieter, der sich der christlich-jüdischen Verständigung besonders verschrieben hat, zu verstärkter Wachsamkeit angesichts zunehmenden Rechtsextremismusses auch in Ostfriesland aufgerufen.

Das ganze Deutschland soll es sein:

40 Jahre BdV - 40 Jahre Revanchismus

Durch den Kuppelsaal des hannoverschen Kongreßzentrums hallte ein "heiliger Schwur": Fern der Heimat seien die Vertriebenen ihr doch treu und "immer für sie bereit." Der Bund der Vertriebenen feierte 40jähriges Bestehen.

Sein niedersächsischer Landesvorsitzender **Hermann-Christian Thomasius** konnte zu dem Festakt nicht nur viele CDU-Politiker, sondern "als alter Soldat" mit besonderer Genugtuung auch "die Wehrmacht, äh ... Bundeswehr" begrüßen. Er ließ die Kapelle "Preußens Gloria" blasen, zitierte den preußischen Feldmarschall Gneisenau ("Pflicht zuerst") und überreichte als Ehrengabe den "Preußenteller" an die Aktivisten und Förderer, darunter den CDU-Landesvorsitzenden **Wilfried Hasselmann**, den er mit "Herr Oberst" anredete, denn: "Er kommt aus der Truppe, ich komme aus der Truppe, wir sind beide Troupiers."

Das Motto lautete: "Das ganze Deutschland ist unser Vaterland." Thomasius stellte gleich klar, Deutschland sei "in den Grenzen von 1937 noch vorhanden", und andere Sprecher erklärten das Ziel "dem Recht auf Heimat und der Selbstbestimmung aller Deutschen Geltung zu verschaffen". Ministerpräsident **Ernst Albrecht** ermunterte sie. Die Ereignisse der letzten Wochen, sagte er, hätten gezeigt: "Die Deutschen wollen in einem Staate leben." Daß sie dazu ein Recht hätten, sei ihnen jetzt auch von der polnischen "Solidarnosc"-Führung bestätigt worden.

Es sei "unvorstellbar, wie sich in fünf Jahren die Perspektive für die Wiedervereinigung verändert hat", stellte Albrecht strahlend fest und erklärte dann auch genau, wie die Wiedervereinigung vor sich gehen wird: "Alle Deutschen werden darüber abstimmen, und wer die Verhältnisse kennt, kann keinen Zweifel haben, wie die Abstimmung ausgeht."

Über das Verhältnis zu Polen sagte Albrecht, das Deutsche Reich sei rechtlich nicht untergegangen. Friede mit Polen müsse auf Gerechtigkeit gegründet sein. Das Recht auf Heimat sei Menschenrecht, es gelte ebenso für die Vertriebenen wie für die in Schlesien, Polen oder Ostpreußen gebliebenen Deutschen, aber auch für die dort heimisch gewordenen Polen. Konflikte, die sich aus der schicksalhaften Verflechtung beider Völker ergeben könnten, würden sich in einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft leichter lösen lassen.

Albrecht gab dem Publikum Gelegenheit zu Pfui-Rufen über den Oppositionsführer Gerhard Schröder (SPD), der sich nicht für eine staatliche Wiedervereinigung einsetzen mag. Lebhafte Begeisterung kam so richtig auf, als der stellvertretende Chefredakteur der Springer-Zeitung "Die Welt", **Enno von Löwenstern,** mit baltischem Akzent, Freiheit für die Balten forderte, die Vertriebenenverbände als "Lobby für Anstand und Würde in der Politik" bezeichnete, die "Würdelosigkeit vieler deutscher Politiker" beklagte, das Wort "Versöhnung" ironisierte ("das soviel herumgegeigt wird, vor allem vor Vertriebenen"), dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt vorwarf, er habe "Milliarden nach Polen verschoben" und die Ost-Verträge mit dem Argument abqualifizierte, sie seien mit Diktaturen abgeschlossen worden. Die Völker habe man nicht gefragt. Zweck der Verträge sei gewesen, die Sowjetunion und die von ihr gestützten Regime in ihrer Macht zu bestätigen. Solche Töne begeisterten die 4000 Versammelten.

Dem niedersächsischen Umweltminister Werner Remmers, der als Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken an einer Erklärung über die Dauerhaftigkeit der jetzigen polnischen Westgrenze mitgewirkt hatte, bescheinigte von Löwenstern: "Er redet unqualifiziert daher." Diesmal ließen Albrecht und Hasselmann die Hände im Schoß liegen. Ansonsten aber beteiligten sie sich kräftig am Beifall für den Hauptredner, der die Gewißheit verkündete, die Wiedervereinigung stehe "vor der Tür". Den Leuten, die meinen, so etwas könne nicht über Nacht kommen, sei zu antworten: "Doch es geht über Nacht, es geht nur über Nacht."

(aus Frankfurter Rundschau vom 2. Oktober 1989)

Dr. Werner Holtfort kommentiert "das Wortgeklingel von der Wiedervereinigung"

Nationalismus auf den Müllhaufen

Nun gellt es wieder in unseren Ohren, das falsche Siegesgetön: Am bundesdeutschen Wesen soll die Welt genesen! Freilich, als die Berliner die Mauer durchlässig machten und einander in die Arme fielen, sangen sie nicht etwa »Deutschland, Deutschland über alles« oder auch nur »Einigkeit und Recht und Freiheit«. Sie schwenkten auch nicht die schwarz-rot-goldene Tricolore (in die kleidet sich nun Springers BILD-Zeitung). Sie sangen vielmehr und spontan und lustvoll:»So ein Tag, so wunderschön wie heute.« Klar erschien das Gebot der Stunde, und zum Überfluß steckte Niedersachsens zuständiger Minister Heinrich Jürgens (FDP) seinen christdemokratischen Koalitionspartnern, die unmutig zuhörten, ein Licht: Das Wortgeklingel von »Wiedervereinigung« habe nun erst einmal zu unterbleiben. Auch die namhaften Oppositionsgruppen der DDR sind nicht etwa auf der Suche nach einer »Wiedervereinigung«, sondern nach einem menschlichen Sozialismus. Aber ihre hiesigen christdemokratischen Vormünder wollen sie eines besseren belehren: Der Sozialismus, nicht etwa bloß seine pervertierte Spielart einer bloßen bürokratischen Verstaatlichung von Betrieben, verbunden mit Terror und Streikverbot, gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. »Marx ist tot, Jesus lebt«, rief Norbert Blüm aus, auf diese Weise blasphemisch Jesus Christus, den Zeitgenossen und Obrigkeit als linken Umstürzler ansahen, zum Protagonisten der kapitalistischen Ellenbogengesellschaft machend.

Im selben Atemzug erklingt das hohe Lied des »wiedervereinigten« Nationalstaates. Zwar scheut ein Kind, wenn es sich auch nur einmal verbrannt hat, das Feuer. Unseren Nationalisten macht es aber nichts aus, daß die Vereinigung der Deutschen zu einem Nationalstaat jedes Mal mit Feuer und Schwert Elend, Blut und Tränen nicht nur über die Welt, sondern auch über die Deutschen selbst gebracht hat. Auf den Müllhaufen der Geschichte gehört in Wahrheit nicht der Sozialismus, sondern der Nationalismus, eine Mißgeburt der Französischen Revolution, und jetzt, nach 200 Jahren, allenfalls noch gut, Spießbürgern aus Anlaß von Fußball- oder Tennisiegen das Herz zu wärmen oder - gefährlicher! - Wasser auf die Mühlen der Schönhubers und anderer ewig Gestrigen zu gießen.

Aber das Gespenst ist immer noch geeignet, unsere Nachbarn zu beunruhigen und das Wachsen eines geeinten Europas, damit auch der deutschen Einheit, zu stören. Um so makabrer sind die Wiederbelebungsversuche. Da werden weiterhin die revanchistischen Berufsvertriebenen pekuniär und moralisch subventioniert. Niedersachsen finanziert Schlesiermuseen und dergleichen, um deren Anspruch auf Heimat zu dokumentieren. Nach der Bundestagsdebatte stimmten die Stahlhelmer der CDU-Fraktion das Deutschlandlied an - nur zu bereit, jeden, der nicht sofort aufspringe und mitsinge, öffentlich als vaterstandslosen Gesellen zu diskretieren. Und der Bundeskanzler Kohl, eigens zu den Polen gereist, um deren Angst vor neuen Grenzkämpfen zu dämpfen, unterbricht diese Verhandlungen, um nach Berlin zu fahren und vor dem Schöneberger Rathaus ohne Empfindsamkeit für die Stimmung der aus Ost und West zusammengekommenen Berliner nationalistische Töne zu spucken und ebenfalls endlich das Deutschlandlied anzustimmen. Zwar sang er nicht die erste, sondern die dritte Strophe. Doch hatten schon seine Parteifreunde, die Kultusminister von Baden-Württemberg und Hessen, geklärt, daß zwar der dritte Vers nur zu singen, die anderen aber dabei im Sinn zu haben seien. Auch in Kohls 10-Punkte-Programm wird zwar auf die »Wiedervereinigung« gezielt, indessen vielsagend geschwiegen über die Grenzen, die Blockzugehörigkeit und die Bewaffnung des angestrebten Staatsgebildes. Dabei weiß jeder, daß es sich gewiß nicht dem Warschauer Pakt anschließen soll. Und einen neutralen Nationalstaat hätte man ja schon 1952 haben können. Aber die Christdemokraten wollten damals wie heute »Wiedervereinigung in Freiheit und in den Grenzen von 1937«. Theo Waigel, immerhin des Kanzlers Finanzminister, hat das deutlich gemacht. Und Frau Dorothea Wilms appellierte öffentlich im Hörfunk an alle Deutschen, zwar an Mecklenburg und Thüringen zu denken, jedoch auch dabei an »Schlesien und Pommern«. »Deutschland liegt im Westen«, hat Kohl in unverfälschtem Lübcke-Stil gesagt… »...und da bleibt es auch!«

Die politisch bewußten Patrioten in der DDR wollen keine nationalstaatliche Einheit beider deutscher Staaten. Daß nun, nachdem man ihnen die Glitzerwelt des »goldenen Westens« vor Augen geführt hat und sie nicht ahnen, welchen Preis sie gekostet hat, zum Beispiel Kaltherzigkeit gegenüber 6 Millionen bundesdeutschen Armen, manche der unpolitischen DDR-Bürger auf die Rattenfängerei hereinfallen, ist angesichts ihrer bisherigen materiellen Not nur zu verständlich. Sie würden sich wundern, was auf sie zukäme. Das Volk, über das hier helle Freudentränen vergossen werden, wenn es in Leipzig und in Berlin demonstriert, wird bei denselben Leuten bestenfalls zum »Druck der Straße« (dem man sich keinesfalls beugen darf), wenn es hierzulande gegen Wiederaufbereitungsanlagen oder atomare Hochrüstung demonstriert, schlimmstenfalls aber wegen strafbarer Nötigung verfolgt. Zu oft haben wir in den letzten Jahrzehnten, wenn wir uns gegen Mißstände der kapitalistischen, klassengeschichteten Gesellschaft wendeten, die Antwort bekommen, wir sollten doch »nach drüben« gehen, wenn es uns hier nicht passe. Die Sozialisten in der SPD sind empört, daß ihre Bundestagsfraktion dem Kohl-Plan Beifall zollte, und auch die Liberalen in der FDP begreifen, daß das nicht sein darf. Die Attitüde »ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche« muß verhindert werden, und zwar auch mit Milliarden finanziell geholfen werden, ihren eigenen gesellschaftlichen Weg zu finden.

In der Bonner Konvention vom 26. Mai 1952 hat die von Adenauers CDU damals geführte Bundesrepublik den alliierten Mächten alle Rechte und Verantwortungen vorbehalten »im Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.« Wer das den Wählern verschweigt und so tut, als sei er ohne Abstimmung mit den Siegermächten des letzten Krieges und mit den Nachbarn in West und Ost, unter Geheimhaltung seiner Grenzabsichten und der geplanten Blockintegration der einzig richtige »Meinungsführer« (CDU-Generalsekretär Rühe) in der Deutschland-Politik, der heuchelt Politik und betreibt nur wahlkämpferisches Wortgeklingel.

Aufruf für eine antifaschistische Aktionskonferenz in Niedersachsen am 20./21. Januar 1990

"Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus!"

Spätestens seit den EG-Wahlen ist die Bundesrepublik Deutschland mit einer zunehmend erstarkenden (neo-)faschistischen Bewegung konfrontiert. Tendenziell wachsende Stimmanteile bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden Württemberg verdeutlichen die Gefahr einer weiteren Vereinheitlichung des neofaschistischen Lagers und wachsender Einflußmöglichkeiten durch steigende parlamentarische Verankerung.

In Niedersachsen werden neofaschistische Parteien vor allem in Gestalt der "Republikaner", der NPD und womöglich der FAP zu den Landtagswahlen 1990 kandidieren. Nach den Stimmergebnissen für die Republikaner und die DVU-Liste D bei den EG-Wahlen 1989 bedarf es großer Kraftanstrengungen der antifaschistischen Bewegung, um die Gefahr einer parlamentarischen Vertretung neofaschistischer Parteien im Niedersächsischen Landtag abzuwenden.

Eine durch reaktionäre und konservative Politik und Gesetzgebung geschürte Existenznot sowie eine Ellenbogengesellschaft in der nur Konkurrenz herrscht und "Leistung" zählt, bildet den sozialen Nährboden für faschistische Demagogie, für Ausländerhaß und offenen Rassismus, für Gewerkschafts- und Frauenfeindlichkeit. Ideologisch aufbauen können die neofaschistischen Parteien auf einer nicht erfolgten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und dem weiteren Offenhalten der sog. "deutschen Frage".

Mit den Wahlerfolgen neofaschistischer Parteien einher geht die zunehmende Bereitschaft, rassistische, nationalistische und autoritäre Problemlösungsstrategien als zulässige und gangbare Möglichkeiten zu akzeptieren. Gewalttätige Übergriffe militanter Gruppen auf ausländische KollegInnen, auf Minderheiten und politisch Andersdenkende in zahlreichen Orten Niedersachsens sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Aktionskonferenz soll in Vorbereitung auf die niedersächsische Landtagswahl der Festigung und Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung dienen und dazu beitragen, den fortschreitenden Formierungsprozeß neofaschistischer Organisationen zu be- und verhindern. Voraussetzung dafür ist, das Herausarbeiten und Kritisieren der Hauptinhalte faschistischer Politik und Propaganda.

Eine Auseinandersetzung mit der Politik der gegenwärtigen Landes- und Bundesregierung wird die Fragen beantworten müssen, inwieweit

* ihre unsoziale Wohnungs-, Steuer- und Gesundheitspolitik die sog. 2/3-Gesellschaft den sozialen,
* der Abbau gewerkschaftlicher Rechte, Berufsverbote, Forderungen nach verschärfter AusländerInnen /Asylgesetzgebung, Ablehnung des Wahlrechts für AusländerInnen (bis hin zu offen rassistischen Aussagen)
* den ideologischen Nährboden für neofaschistische Wahlerfolge bereitet hat.

Eine Analyse der Ursachen muß durch die Entwicklung demokratischer und sozialer Lösungsalternativen ergänzt werden, um sie der faschistischen Demagogie entgegensetzen zu können. Dabei müssen auch Möglichkeiten für die Gestaltung antifaschistischer Politik durch parlamentarische Aktivitäten berücksichtigt werden.

Mit der sich zunehmend entwickelnden Gegenwehr von antifaschistischen Organisationen, Initiativen und Bündnissen, von Gewerkschaften, Parteien, christlichen Gruppen und engagierten Einzelpersonen bis hin zu Gemeinde- und Stadtverwaltungen wird die Diskussion antifaschistischer Strategien (z.B. Aufklärungskampagnen, Verboten, Verhinderung neofaschistischer Aktivitäten) sowie die Koordination und Vernetzung der weiteren antifaschistischen Arbeit einen wichtigen Teil der Konferenz darstellen.

Unterstützungsunterschriften bitte an:
Initiativkreis gegen Neofaschismus und Rassismus
c/o: Werngard Binsch-Terner, Thüringer Str. 13, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 671433 oder Klaus Harbart, Bütersworthstr.12, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) od. 3482125

Dr. Werner Holtfort kommentiert "das Wortgeklingel von der Wiedervereinigung"

Nationalismus auf den Müllhaufen

Nun gellt es wieder in unseren Ohren, das falsche Siegesgetön: Am bundesdeutschen Wesen soll die Welt genesen! Freilich, als die Berliner die Mauer durchlässig machten und einander in die Arme fielen, sangen sie nicht etwa »Deutschland, Deutschland über alles« oder auch nur »Einigkeit und Recht und Freiheit«. Sie schwenkten auch nicht die schwarz-rot-goldene Tricolore (in die kleidet sich nun Springers BILD-Zeitung). Sie sangen vielmehr und spontan und lustvoll:»So ein Tag, so wunderschön wie heute.« Klar erschien das Gebot der Stunde, und zum Überfluß steckte Niedersachsens zuständiger Minister Heinrich Jürgens (FDP) seinen christdemokratischen Koalitionspartnern, die unmutig zuhörten, ein Licht: Das Wortgeklingel von »Wiedervereinigung« habe nun erst einmal zu unterbleiben. Auch die namhaften Oppositionsgruppen der DDR sind nicht etwa auf der Suche nach einer »Wiedervereinigung«, sondern nach einem menschlichen Sozialismus. Aber ihre hiesigen christdemokratischen Vormünder wollen sie eines besseren belehren: Der Sozialismus, nicht etwa bloß seine pervertierte Spielart einer bloßen bürokratischen Verstaatlichung von Betrieben, verbunden mit Terror und Streikverbot, gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. »Marx ist tot, Jesus lebt«, rief Norbert Blüm aus, auf diese Weise blasphemisch Jesus Christus, den Zeitgenossen und Obrigkeit als linken Umstürzler ansahen, zum Protagonisten der kapitalistischen Ellenbogengesellschaft machend.

Im selben Atemzug erklingt das hohe Lied des »wiedervereinigten« Nationalstaates. Zwar scheut ein Kind, wenn es sich auch nur einmal verbrannt hat, das Feuer. Unseren Nationalisten macht es aber nichts aus, daß die Vereinigung der Deutschen zu einem Nationalstaat jedes Mal mit Feuer und Schwert Elend, Blut und Tränen nicht nur über die Welt, sondern auch über die Deutschen selbst gebracht hat. Auf den Müllhaufen der Geschichte gehört in Wahrheit nicht der Sozialismus, sondern der Nationalismus, eine Mißgeburt der Französischen Revolution, und jetzt, nach 200 Jahren, allenfalls noch gut, Spießbürgern aus Anlaß von Fußball- oder Tennissiegen das Herz zu wärmen oder - gefährlicher! - Wasser auf die Mühlen der Schönhubers und anderer ewig Gestrigen zu gießen.

Aber das Gespenst ist immer noch geeignet, unsere Nachbarn zu beunruhigen und das Wachsen eines geeinten Europas, damit auch der deutschen Einheit, zu stören. Um so makabrer sind die Wiederbelebungsversuche. Da werden weiterhin die revanchistischen Berufsvertriebenen pekuniär und moralisch subventioniert. Niedersachsen finanziert Schlesiermuseen und dergleichen, um deren Anspruch auf Heimat zu dokumentieren. Nach der Bundestagsdebatte stimmten die Stahlhelmer der CDU-Fraktion das Deutschlandlied an - nur zu bereit, jeden, der nicht sofort aufspringe und mitsinge, öffentlich als vaterstandslosen Gesellen zu diskretieren. Und der Bundeskanzler Kohl, eigens zu den Polen gereist, um deren Angst vor neuen Grenzkämpfen zu dämpfen, unterbricht diese Verhandlungen, um nach Berlin zu fahren und vor dem Schöneberger Rathaus ohne Empfindsamkeit für die Stimmung der aus Ost und West zusammengekommenen Berliner nationalistische Töne zu spucken und ebenfalls endlich das Deutschlandlied anzustimmen. Zwar sang er nicht die erste, sondern die dritte Strophe. Doch hatten schon seine Parteifreunde, die Kultusminister von Baden-Württemberg und Hessen, geklärt, daß zwar der dritte Vers nur zu singen, die anderen aber dabei im Sinn zu haben seien. Auch in Kohls 10-Punkte-Programm wird zwar auf die »Wiedervereinigung« gezielt, indessen vielsagend geschwiegen über die Grenzen, die Blockzugehörigkeit und die Bewaffnung des angestrebten Staatsgebildes. Dabei weiß jeder, daß es sich gewiß nicht dem Warschauer Pakt anschließen soll. Und einen neutralen Nationalstaat hätte man ja schon 1952 haben können. Aber die Christdemokraten wollten damals wie heute »Wiedervereinigung in Freiheit und in den Grenzen von 1937«. Theo Waigel, immerhin des Kanzlers Finanzminister, hat das deutlich gemacht. Und Frau Dorothea Wilms appellierte öffentlich im Hörfunk an alle Deutschen, zwar an Mecklenburg und Thüringen zu denken, jedoch auch dabei an »Schlesien und Pommern«. »Deutschland liegt im Westen«, hat Kohl in unverfälschtem Lübcke-Stil gesagt... »...und da bleibt es auch!«

Die politisch bewußten Patrioten in der DDR wollen keine nationalstaatliche Einheit beider deutscher Staaten. Daß nun, nachdem man ihnen die Glitzerwelt des »goldenen Westens« vor Augen geführt hat und sie nicht ahnen, welchen Preis sie gekostet hat, zum Beispiel Kaltherzigkeit gegenüber 6 Millionen bundesdeutschen Armen, manche der unpolitischen DDR-Bürger auf die Rattenfängerei hereinfallen, ist angesichts ihrer bisherigen materiellen Not nur zu verständlich. Sie würden sich wundern, was auf sie zukäme. Das Volk, über das hier helle Freudentränen vergossen werden, wenn es in Leipzig und in Berlin demonstriert, wird bei denselben Leuten bestenfalls zum »Druck der Straße« (dem man sich keinesfalls beugen darf), wenn es hierzulande gegen Wiederaufbereitungsanlagen oder atomare Hochrüstung demonstriert, schlimmstenfalls aber wegen strafbarer Nötigung verfolgt. Zu oft haben wir in den letzten Jahrzehnten, wenn wir uns gegen Mißstände der kapitalistischen, klassengeschichteten Gesellschaft wendeten, die Antwort bekommen, wir sollten doch »nach drüben« gehen, wenn es uns hier nicht passe. Die Sozialisten in der SPD sind empört, daß ihre Bundestagsfraktion dem Kohl-Plan Beifall zollte, und auch die Liberalen in der FDP begreifen, daß das nicht sein darf. Die Attitüde »ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche« muß verhindert werden, und zwar auch mit Milliarden finanziell geholfen werden, ihren eigenen gesellschaftlichen Weg zu finden.

In der Bonner Konvention vom 26. Mai 1952 hat die von Adenauers CDU damals geführte Bundesrepublik den alliierten Mächten alle Rechte und Verantwortungen vorbehalten »im Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.« Wer das den Wählern verschweigt und so tut, als sei er ohne Abstimmung mit den Siegermächten des letzten Krieges und mit den Nachbarn in West und Ost, unter Geheimhaltung seiner Grenzabsichten und der geplanten Blockintegration der einzig richtige »Meinungsführer« (CDU-Generalsekretär Rühe) in der Deutschland-Politik, der heuchelt Politik und betreibt nur wahlkämpferisches Wortgeklingel.

Aufruf für eine antifaschistische Aktionskonferenz in Niedersachsen am 20./21. Januar 1990

"Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus!"

Spätestens seit den EG-Wahlen ist die Bundesrepublik Deutschland mit einer zunehmend erstarkenden (neo-)faschistischen Bewegung konfrontiert. Tendenziell wachsende Stimmanteile bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden Württemberg verdeutlichen die Gefahr einer weiteren Vereinheitlichung des neofaschistischen Lagers und wachsender Einflußmöglichkeiten durch steigende parlamentarische Verankerung.
In Niedersachsen werden neofaschistische Parteien vor allem in Gestalt der "Republikaner", der NPD und womöglich der FAP zu den Landtagswahlen 1990 kandidieren. Nach den Stimmergebnissen für die Republikaner und die DVU-Liste D bei den EG-Wahlen 1989 bedarf es großer Kraftanstrengungen der antifaschistischen Bewegung, um die Gefahr einer parlamentarischen Vertretung neofaschistischer Parteien im Niedersächsischen Landtag abzuwenden.
Eine durch reaktionäre und konservative Politik und Gesetzgebung geschürte Existenznot sowie eine Ellenbogengesellschaft in der nur Konkurrenz herrscht und "Leistung" zählt, bildet den sozialen Nährboden für faschistische Demagogie, für Ausländerhaß und offenen Rassismus, für Gewerkschafts- und Frauenfeindlichkeit. Ideologisch aufbauen können die neofaschistischen Parteien auf einer nicht erfolgten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und dem weiteren Offenhalten der sog. "deutschen Frage".
Mit den Wahlerfolgen neofaschistischer Parteien einher geht die zunehmende Bereitschaft, rassistische, nationalistische und autoritäre Problemlösungsstrategien als zulässige und gangbare Möglichkeiten zu akzeptieren. Gewalttätige Übergriffe militanter Gruppen auf ausländische KollegInnen, auf Minderheiten und politisch Andersdenkende in zahlreichen Orten Niedersachsens sind Ausdruck dieser Entwicklung.
Die Aktionskonferenz soll in Vorbereitung auf die niedersächsische Landtagswahl der Festigung und Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung dienen und dazu beitragen, den fortschreitenden Formierungsprozeß neofaschistischer Organisationen zu be- und verhindern. Voraussetzung dafür ist, das Herausarbeiten und Kritisieren der Hauptinhalte faschistischer Politik und Propaganda.
Eine Auseinandersetzung mit der Politik der gegenwärtigen Landes- und Bundesregierung wird die Fragen beantworten müssen, inwieweit

* ihre unsoziale Wohnungs-, Steuer- und Gesundheitspolitik die sog. 2/3-Gesellschaft den sozialen,
* der Abbau gewerkschaftlicher Rechte, Berufsverbote, Forderungen nach verschärfter AusländerInnen /Asylgesetzgebung, Ablehnung des Wahlrechts für AusländerInnen (bis hin zu offen rassistischen Aussagen)
* den ideologischen Nährboden für neofaschistische Wahlerfolge bereitet hat.

Eine Analyse der Ursachen muß durch die Entwicklung demokratischer und sozialer Lösungsalternativen ergänzt werden, um sie der faschistischen Demagogie entgegensetzen zu können. Dabei müssen auch Möglichkeiten für die Gestaltung antifaschistischer Politik durch parlamentarische Aktivitäten berücksichtigt werden.
Mit der sich zunehmend entwickelnden Gegenwehr von antifaschistischen Organisationen, Initiativen und Bündnissen, von Gewerkschaften, Parteien, christlichen Gruppen und engagierten Einzelpersonen bis hin zu Gemeinde- und Stadtverwaltungen wird die Diskussion antifaschistischer Strategien (z.B. Aufklärungskampagnen, Verboten, Verhinderung neofaschistischer Aktivitäten) sowie die Koordination und Vernetzung der weiteren antifaschistischen Arbeit einen wichtigen Teil der Konferenz darstellen.

Unterstützungsunterschrifen bitte an:
Initiativkreis gegen Neofaschismus und Rassismus
c/o: Werngard Binsch-Terner, Thüringer Str. 13, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 671433 oder Klaus Harbart, Bütersworthstr.12, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) od. 3482125